



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 7

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Jul 1960

Aufsätze:

Hypotheken 1957 bis 1959

Haushaltsrechnungen des Landes

Kredite und Einlagen 1959

Kurzberichte:

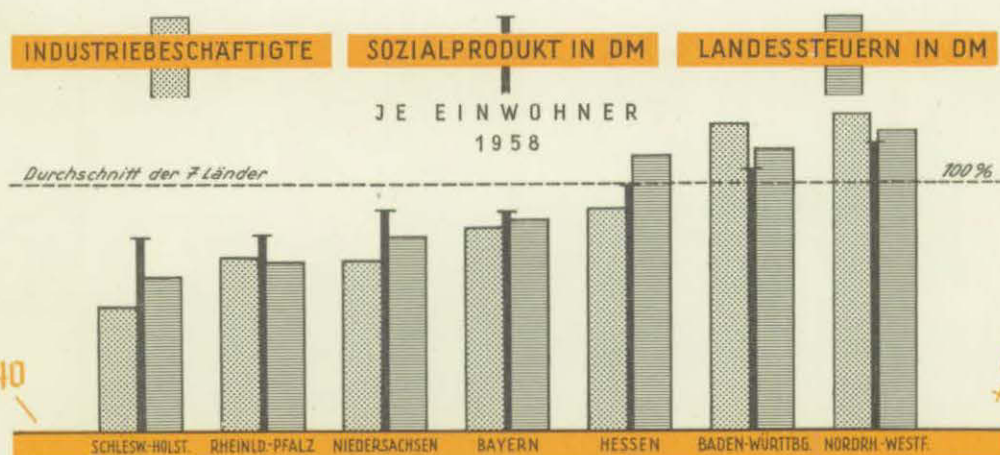
Ausländer 1959

Veranlagte Einkommen 1957

Versorgungsberechtigte Kriegssopfer

Streiks

Graphik des Monats: Fremdenverkehr



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse Stichtag	Jahresvergleich				Monatsvergleich					
		1950	1958	1959	1960	1959			1960		
						März	April	Mai	März	April	Mai
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	Einwohner	- 31	- 24			-	-	-	-	-	-
Geleistete Stunden in der Industrie	Einwohner	- 58	- 47	- 47		- 47	- 47	- 46	- 48		
in der Bauwirtschaft	Einwohner	- 18,7	+ 7,3	+ 4,2		+ 5,3	+ 6,8	+ 7,0	- 2,2		
Pkw-Zulassungen	Einwohner	- 40	- 7	- 9		- 9	- 3	- 4	- 8	- 16	- 8
Abweichung der Werte am Stichtag											
Beschäftigte in der Industrie	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 59	- 49	- 50		- 51	- 50	- 50	- 50		
Arbeitslose	Arbeitnehmer Jahres/Mon.-Ende	+ 147	+ 76	+ 136		+ 100	+ 125	+ 125	+ 143	+ 181	+ 170
Spareinlagen	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 38	- 27	- 27		- 27	- 27	- 27	- 27	- 27	
Pkw-Bestand	Einwohner 1.7.	- 30	- 13	- 10		-	-	-	-	-	-

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse Stichtag	Jahresvergleich				Vierteljahresvergleich					
		1950	1958	1959	1960	1958	1959				1960
						IV	I	II	III	IV	I
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Wanderungen ¹	Einwohner	+ 53	+ 25	+ 28		+ 22	+ 26	+ 46	+ 15	+ 26	
Steueraufkommen aus											
Umsatzsteuer	Einwohner	- 36	- 37	- 37		- 36	- 40	- 36	- 35	- 38	
Landessteuern	Einwohner	- 48	- 41	- 38		- 36	- 44	- 37	- 35	- 37	
Gewerbesteuer ²	Einwohner	- 37	- 39	- 31		- 30	- 29	- 33	- 31	- 32	
Abweichung der Werte am Stichtag											
Vertriebene	Einwohner Jahres/Vj.-Ende	+ 94 ^a	+ 54	+ 52		+ 54	+ 54	+ 53	+ 53	+ 52	+ 52
Schüler in allgemeinbildenden Schulen	Einwohner Mai	+ 20 ^b	+ 17			-	-	-	-	-	-
Beschäftigte Arbeitnehmer	Einwohner 31.3./Vj.-Ende	- 19,4	- 12,2	- 13,8	- 11,8	- 13,9	- 13,8	- 11,7	- 11,7	- 13,3	- 11,8
Industrie männliche Facharbeiter											
geleistete ³ Wochenarbeitszeit	Arbeiter ⁴	- 0,2	+ 8,5	+ 5,7		+ 4,6	+ 6,5	+ 9,2	+ 5,7	+ 2,3	
Brutto-Stundenverdienst	Arbeiter ⁴	- 6,0	- 3,0	- 1,9		- 2,5	- 3,6	- 2,9	- 1,9	- 2,1	
Brutto-Wochenverdienst	Arbeiter ⁴	- 6,2	+ 2,3	+ 1,7		+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,7	- 0,4	
Fürsorgeunterstützte ⁵	Einwohner 31.3.	+ 29	+ 56	+ 46		-	-	-	-	-	-

1) Mobilitätsziffer; für Land und Bund: Summe der Zu- und Fortzüge über die Aussengrenze und der Zuzüge innerhalb des Bereichs 2) nach Ertrag und Kapital 3) 1950: bezahlte 4) Stand beim Jahresvergleich: August; beim Vierteljahresvergleich: mittlerer Monat 5) in offener Fürsorge laufend Unterstützte; 1950: 31.12. a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 b) 1951

INHALT

7/60

Die Abweichungen Schleswig-Holsteins vom Bundesdurchschnitt	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	145
Aus dem Inhalt	146-147
Aufsätze	
Die Grundstücks- und Schiffshypotheken 1957 bis 1959	148-151
Aus den Haushaltsrechnungen des Landes	151-157
Kredite und Einlagen der schleswig- holsteinischen Wirtschaft im Jahre 1959 . .	157-165
Kurzberichte	
Die Ausländer in Schleswig-Holstein -Stand: 31. 12. 1959-.	165-166
Die veranlagten Einkommen 1957.	166-167
Die versorgungsberechtigten Kriegsopfer in den Bundesländern	167-168
Die Streiks in Schleswig-Holstein	168
Graphik des Monats	160-161
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	49*-54*
Kreiszahlen	55*
Schleswig-Holstein im Bund	56*
Wirtschaftskurven A - allgemein - . . .	3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 7

Juli 1960

Aktuelle Auslese



NUR GERINGE BEVÖLKERUNGSZUNAHME

Am 31. März 1960 lebten in Schleswig-Holstein 2 292 000 Einwohner, rund 2 000 mehr als am Jahresanfang. Im ersten Vierteljahr 1959 war die Bevölkerungszunahme mehr als doppelt so groß gewesen. Die schwächere Zunahme in den ersten drei Monaten dieses Jahres ist auf eine höhere Zahl der Gestorbenen und eine verstärkte Abwanderung über die Landesgrenze zurückzuführen.



ERGEBNISSE DER UMSATZ- STEUERSTATISTIK 1959

Der Gesamtumsatz der schleswig-holsteinischen Wirtschaft (ohne Landwirtschaft und ohne Kleinbetriebe mit weniger als 8 000 DM Jahresumsatz) belief sich im Jahre 1959 auf 16,5 Mrd. DM. Das entspricht einer Zuwachsrate von 9% gegenüber 6% im Jahre 1958.

Steuerpflichtige und Umsatz in Schleswig-Holstein
im Jahre 1959

Wirtschaftsbereich	Steuer- pflichtige	Umsatz			Umsatz- steuer ¹ Mill.DM
		Mill.DM	1959 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1958	
Forstwirtschaft, gewerbliche Gärtnerei, Tierzucht, Hochsee- fischerei	1 095	98	10	7	1
Industrie	2 471	4 715	6	2	106
Handwerk	14 737	2 065	14	12	69
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	2 298	437	21	1	15
Großhandel	4 129	4 093	10	3	35
Einzelhandel	19 975	3 280	6	9	106
Sonstige Wirtschafts- bereiche	19 991	1 853	9	12	39
Alle Wirtschaftsbereiche	64 696	16 542	9	6	372

Die Organschaftbesteuerung ist berücksichtigt, damit sind die Umsätze vergleichbar
1) Vorauszahlungsbetrag



WEITERE ABNAHME DER FÜRSORGEDICHTE

Die Zahl der in der offenen Fürsorge ¹ laufend unterstützten Personen hat sich in der Zeit von Anfang April 1959 bis Ende März 1960 um 8% auf rund 55 000 vermindert. Das entspricht einem Rückgang der Fürsorgedichte - Fürsorgeempfänger auf 1 000 Einwohner - von 26 auf 24. Der im Rechnungsjahr 1959 für laufende Unterstützungen aufgewendete Betrag von 41,5 Mill. DM war allerdings nur um 2% geringer als der des Rechnungsjahres 1958. Demnach erhöhte sich die im Schnitt für eine Person geleistete Jahresausgabe von 705 DM auf 750 DM. - Für einmalige Unterstützungen in der offenen Fürsorge wurden im Rechnungsjahr 1959 7,1 Mill. DM ausgegeben, das sind fast 5% weniger als im Rechnungsjahr 1958.



LANGSAMERES ANWACHSEN DER SPAREINLAGEN

Von Anfang Januar bis Ende März 1960 betrug der Zuwachs an Spareinlagen in Schleswig-Holstein 4,8% und blieb damit unter der vergleichbaren Zuwachsrate (6,5%) im ersten Vierteljahr 1959. - Auch im Bundesgebiet ist die Zuwachsrate bei den Spareinlagen kleiner geworden. Sie betrug im ersten Vierteljahr 1960 4,6%. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1959 hatte sie 6,2% betragen.



ERGEBNISSE DER STRAF- VERFOLGUNGSTATISTIK 1959

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Strafverfolgungsstatistik wurden 1959 in Schleswig-Holstein rund 22 800 Personen abgeurteilt. Das sind 2 400 mehr als 1958.

1) einschl. der sozialen Fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz und der Tbc-Hilfe

Aus dem Inhalt

Hypotheken 1957 bis 1959

Seite 148

Die Belastung des schleswig-holsteinischen Grundbesitzes mit Hypotheken und Grundschulden hat sich in den letzten Jahren erhöht. Das ist keine bedenkliche Entwicklung. Sie muß vielmehr im Zusammenhang mit der lebhaften Bautätigkeit der letzten Jahre und im Hinblick auf das allgemein günstige Wirtschaftswachstum betrachtet werden. Von 1957 bis 1959 wurden für knapp 2 Mrd. DM neue Grundpfandrechte eingetragen. Von diesem Betrag entfielen 42% auf das Jahr 1959. Zwischen 1957 und 1959 ist dabei kein nennenswerter Unterschied in der Zunahme der Neubelastungen von landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken zu erkennen. Über 85% der Eintragungssumme entfielen in diesem Zeitraum auf nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitz. - Im Realkreditgeschäft spielen die Banken, Sparkassen, Versicherungen und ähnliche Anstalten die Hauptrolle; Sie waren an den dinglich gesicherten Ausleihungen mit mehr als neun Zehnteln beteiligt. - Zum Unterschied von den ständig zunehmenden Grundstückshypotheken verlief die Entwicklung der Schiffshypotheken von Jahr zu Jahr schwankend. 1957 wurden für 117 Mill. DM Seeschiffshypotheken (ohne Höchstbetragshypotheken) eingetragen, 1958 waren es für 135 Mill. DM und 1959 nur für 66 Mill. DM. Die hauptsächlichen Geldgeber für diese Hypotheken waren die Kreditanstalten und Versicherungen. - Die hypothekarische Belastung von Binnenschiffen ist in Schleswig-Holstein unbedeutend.

Haushaltsrechnungen des Landes

Seite 151

Die Gesamtausgaben des öffentlichen Haushalts des Landes Schleswig-Holstein erreichten im Rechnungsjahr 1958 1 244 Mill. DM. Die Ausgaben des Landes hatten sich vom Rechnungsjahr 1951 bis 1957 um 89,3% und im Rechnungsjahr 1958 um weitere 4,8% erhöht. Diese Ausgabensteigerung ist auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen (Übernahme gemeindlicher Aufgaben, Gehaltssteigerungen, erhöhte soziale Leistungen usw.). - Die Bruttoausgaben stellen die Aufwendungen der Hoheitsverwaltungen dar. Sie beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 1 159 Mill. DM und machten 93% der Gesamtausgaben aus. - Die tatsächliche Ausgabenbelastung des Landeshaushalts wird durch die Eigenausgaben ausgewiesen. Diese betrugen im Rechnungsjahr 1958 807 Mill. DM. Ihr Anteil an den Bruttoausgaben machte 70% aus. - An der Spitze aller Ausgaben stand auch im Rechnungsjahr 1958 wieder das Bildungswesen. Fast ein Viertel der Bruttoausgaben - nämlich 276 Mill. DM - wurde dafür ausgegeben. - Die Ausgaben für den Verwaltungszweig Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beanspruchten 18% der Bruttoausgaben. Die 214 Mill. DM waren für den Grünen Plan, für das

Programm Nord, für Flurbereinigung, Küstenschutz u. a. vorgesehen. - 13% der Bruttoausgaben wurden für das Bau- und Wohnungswesen bereitgestellt. Von den insgesamt 154 Mill. DM dieses Verwaltungszweiges wurden 116 Mill. DM als Darlehen für die Förderung des Wohnungsbaues beansprucht. - 130 Mill. DM gab das Land für Fürsorgeleistungen aus und 75 Mill. DM für das Verkehrswesen. - Die Bruttoausgaben des Landes gliedern sich in Verwaltungs- und Zweckausgaben, in Ausgaben der Vermögensbewegung und in Zahlungen an Gebietskörperschaften. Der Anteil der Verwaltungs- und Zweckausgaben (780 Mill. DM) an den Bruttoausgaben betrug rund zwei Drittel. Er ist gegenüber den Vorjahren fast unverändert geblieben. - Die Gesamteinnahmen des Landes gliedern sich in spezielle und in allgemeine Deckungsmittel. 48% der Einnahmen - sie betrugen im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 1 243 Mill. DM - entfielen auf die allgemeinen Deckungsmittel. Diese setzen sich aus Steuern (386 Mill. DM), dem Finanzausgleich zwischen den Ländern (271 Mill. DM), den Überschüssen aus dem Erwerbsvermögen (1,9 Mill. DM) und den sonstigen allgemeinen Deckungsmitteln (15 Mill. DM) zusammen. Sie verringern sich um die Zahlungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (74 Mill. DM). Den größten Einnahmeposten stellen die Landessteuern dar.

Kredite und Einlagen 1959

Seite 157

Die Gesamtausleihungen der schleswig-holsteinischen Banken an die Wirtschaft lagen Ende 1959 mit 3,3 Mrd. DM um 17% über dem Betrag von Ende 1958. Das Verhältnis der kurzfristigen Wirtschaftskredite zu den längerfristigen Ausleihungen, das in Schleswig-Holstein Ende 1958 ein Drittel zu zwei Drittel betrug, hat sich kaum verändert. Der Anteil der Bankkredite in Schleswig-Holstein am westdeutschen Gesamtkreditvolumen betrug Ende 1959 3,3%. - Die gesamten Kurzkredite an die schleswig-holsteinische Wirtschaft erhöhten sich um 11% und betrugen im Dezember 1959 1 032 Mill. DM. Einen wesentlichen Einfluß auf das 1958 wieder einsetzende Wachstum der kurzfristigen Wirtschaftskredite hatte neben der Industrie und dem Handel auch weiterhin der unverändert hohe Bedarf der Landwirtschaft. Im Bund erhöhten sich die Kurzkredite von Ende 1958 bis Ende 1959 nur um 9%. - Die längerfristigen Ausleihungen in Schleswig-Holstein beliefen sich Ende 1959 auf 2,2 Mrd. DM. Die Zuwachsrate gegenüber Ende 1958 betrug 20%. - Auch 1959 blieb die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk mit einem Gesamtengagement von mehr als 1,2 Mrd. DM an der Spitze aller Kreditnehmergruppen. An zweiter Stelle lagen die Kredite an die Land- Forst-, Wasserwirtschaft mit 994 Mill. DM. Eine überdurchschnittliche Kreditausweitung zeigte sich beim Wohnungsbau, der Ende 1959 476 Mill. DM Kredite

aufwies und gegenüber Ende 1958 eine Zuwachsrate von 23% hatte. - Die gesamten Guthaben (Sicht-, Termin- und Spareinlagen) von Wirtschaftsunternehmen und Privaten machten Ende 1959 2,1 Mrd. DM aus. Diese Summe hat gegenüber Ende 1958 um 16% zugenommen. Im Bundesgebiet waren die Guthaben in diesem Zeitraum um 17% gestiegen. - Der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen auf privaten Sparkonten hielt sich auch 1959 auf unverändert hohem Niveau. Der von den berichtenden Instituten ausgewiesene Betrag erreichte Ende 1959 1,2 Mrd. DM. Die Sparquote betrug 8,5%. Im Rahmen der gesamten Spareinlagenzunahme spielten die steuerbegünstigten Spareinlagen keine Rolle mehr. - Ein relativ zuverlässiges Barometer über die Lage am Geldmarkt ist das Verhältnis der von den Banken aufgenommenen Fremdmittel (105 Mill. DM) zu den gesamten Kurzkrediten, die Ende 1959 1,1 Mrd. betragen hatten. Die Refinanzierungsquote verbesserte sich auf 9,5% gegenüber 15% für Ende 1958. - Die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in Schleswig-Holstein (ohne Niederlassungen der Großbanken) nahmen um 171 Mill. DM zu und machten Ende 1959 932 Mill. DM aus. Am stärksten erhöhten sich die Bestände an Wertpapieren (+ 100 Mill. DM).

Ausländer 1959

Seite 165

Ende 1959 waren in Schleswig-Holstein rund 13 000 Ausländer polizeilich gemeldet. Davon waren 17% staatenlos, 14% Dänen und 14% Polen. - Unter den Ausländern befanden sich 3 400 heimatlose Ausländer, von denen vier Zehntel in Lagern untergebracht sind. - Ende 1959 kamen in Schleswig-Holstein 6 Ausländer auf 1 000 Einwohner. Dieser Anteil ist in den Kreisen des Landes jedoch recht unterschiedlich.

Veranlagte Einkommen 1957

Seite 166

Nach vorläufigen Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik wurden 1957 in Schleswig-Hol-

stein 130 600 Personen als unbeschränkt steuerpflichtig zur Einkommensteuernpflicht veranlagt. Ihr Einkommen war mit 1,24 Mrd. DM um 48% höher als 1954. Das durchschnittliche Einkommen belief sich 1959 auf 9 500 DM. Aus diesem Durchschnittseinkommen mußten 1 700 DM Einkommensteuer gezahlt werden. - Die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die einzelnen Einkommensgruppen zeigt - im Verhältnis zu 1954 - eine Verlagerung der Einkommensbezieher in höhere Einkommensgruppen. 1957 hatten nur 43% der steuerpflichtigen Selbständigen weniger als 5 000 DM Jahreseinkommen; 1954 waren es noch 63% gewesen. - Knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen hatte Anspruch auf Kinderermäßigung. Auf sie entfiel 53% des Einkommens. - Jeder neunte Steuerpflichtige gehörte zur Steuerklasse I.

Versorgungsberechtigte Kriegsoffer

Seite 167

Ende 1959 gab es in der Bundesrepublik und Berlin (West) 3,4 Mill. nach dem Bundesversorgungsgesetz anerkannte Kriegsoffer, zwei Fünftel davon waren Kriegsbeschädigte und drei Fünftel Kriegshinterbliebene. Fast die Hälfte aller versorgungsberechtigten Beschädigten waren schwerbeschädigt. - Die Kriegsofferquote (Versorgungsberechtigte je 1 000 Einwohner) lag in Schleswig-Holstein Ende 1959 mit 69 über dem Bundesdurchschnitt (63).

Streiks

Seite 168

In den Jahren 1950 bis 1959 gingen in Schleswig-Holstein 2,4 Mill. Arbeitstage durch Streiks verloren. Der größte Streik der letzten Jahre war der Metallarbeiterstreik 1956/57, der 2,3 Mill. Arbeitstage verschlang. Das streikärmste Jahr war 1959. - Die durchschnittliche Länge der Streiks, gemessen als ausgefallene Arbeitstage je beteiligten Arbeitnehmer, bewegte sich in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren zwischen 1,4 und 80,3 Tagen.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Grundstücks- und Schiffshypotheken 1957 bis 1959

Grundstückshypotheken

Die Belastung des schleswig-holsteinischen Grundbesitzes mit Hypotheken und ihnen wirtschaftlich gleichzusetzenden Grundschulden¹ hat von Jahr zu Jahr zu höheren Beträgen geführt. Die daraus herzuleitende Zunahme der dinglich gesicherten langfristigen Verschuldung des Grundbesitzes darf aber nicht als eine bedenkliche Entwicklung angesehen werden. Sie muß vielmehr im Hinblick auf das allgemein günstig verlaufene Wirtschaftswachstum und besonders im Zusammenhang mit der lebhaften Bautätigkeit dieser Jahre betrachtet werden. Diese Schulden sind nur in Ausnahmefällen für Konsumzwecke aufgenommen worden. Ihnen steht ein mindestens ebenso großer Zugang an Realvermögenswerten gegenüber: es wurden von 1957 bis einschließlich 1959 knapp 2,5 Mrd. DM für die Errichtung von Gebäuden, darunter 1,7 Mrd. DM für Wohnbauten, veranschlagt. Diese Angaben beziehen sich auf die sogenannten "reinen" Baukosten, d. h. die Kosten für die notwendigen Nebenanlagen, die zwangsläufig mit der Durchführung eines Bauvorhabens entstehen und in den Wert des Gebäudes eingehen, sind in diesen Beträgen nicht enthalten. Angaben über die "tatsächlichen" Baukosten liegen nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß sie eher höher als die "veranschlagten" Baukosten sein dürften.

Im gleichen Zeitraum wurden aber nur für knapp 2 Mrd. DM neue Grundpfandrechte bestellt. In dieser Größenordnung sind also langfristige Verbindlichkeiten neu eingegangen worden. Da "Festhypotheken", d. h. Hypotheken, die nicht getilgt werden, heute zu den Seltenheiten gehören, ist ein Teil der Neuverschuldung bereits wieder getilgt und wird in den kommenden Jahren weiter getilgt werden, wenn nicht völlig

unerwartete Ereignisse wirtschaftlicher oder politischer Art eintreten. Die Tragbarkeit der Belastungen dürfte für die zurückliegenden Jahre auch daraus zu ersehen sein, daß Zwangsversteigerungen von unbeweglichem Vermögen (Grundstücke und Gebäude) äußerst selten waren².

Im Jahre 1958 wurden für 644 Mill. DM neue Belastungen eingetragen. Der Zuwachs gegenüber der Eintragungssumme des Jahres 1957 belief sich auf 173 Mill. DM (+ 37%). Der Wert der Neueintragen des Jahres 1959 übertraf mit 820 Mill. DM alle Jahre seit der Währungsreform. Der schon hohe absolute Zuwachs des Vorjahres wurde mit 176 Mill. DM noch um 3 Mill. DM überschritten. Von 1958 ausgehend war die relative Zunahme im Jahre 1959 wegen der gestiegenen Basis mit 27% jedoch um 10 Punkte niedriger als im Jahre 1958. Dabei ist in dem Dreijahreszeitraum 1957 bis 1959 kein nennenswerter Unterschied in der Zunahme der Neubelastungen von landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken erkennbar. In diesem Zeitraum entfällt etwa ein Siebentel der Eintragungssumme auf landwirtschaftlichen Grundbesitz.

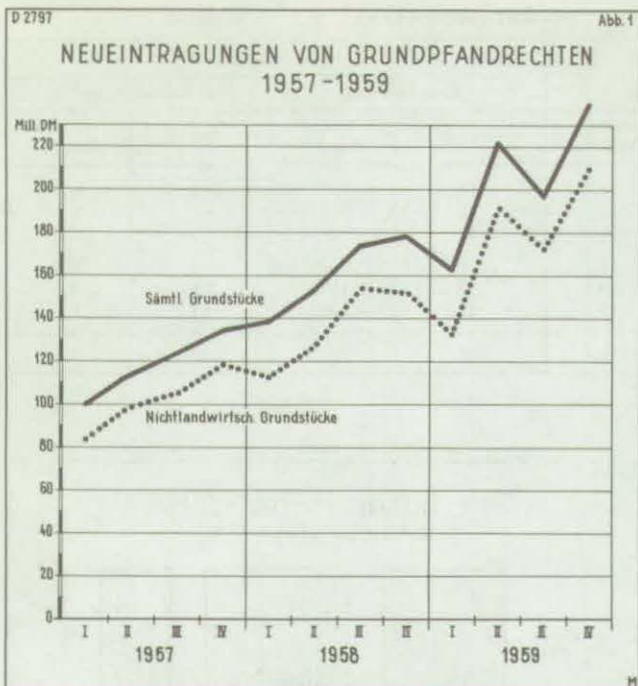
Während in den Jahren 1957 und 1958 die Eintragungssummen von Vierteljahr zu Vierteljahr ständig wuchsen, wird diese Entwicklung im Jahre 1959 erstmalig unterbrochen. Im ersten und dritten Vierteljahr 1959 liegen die Eintragungssummen unter denen der vorhergehenden Quartale. Ob diese Schwankungen auf die Zinsentwicklung im Jahre 1959 zurückzuführen sind, oder ob besondere Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung die Ursache dafür gewesen sind, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Es sei daran erinnert, daß der Diskontsatz in der

Tab. 1 Eintragungen und Löschungen von Grundpfandrechten von 1957 bis 1959

Zeitraum	Sämtliche Grundstücke			davon					
				Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke			Nichtlandwirtschaftliche Grundstücke		
	in 1 000	Betrag		in 1 000	Betrag		in 1 000	Betrag	
		in Mill. DM	1957=100		in Mill. DM	1957=100		in Mill. DM	1957=100
Eintragungen									
1957	31,7	471	100	4,3	66	100	27,4	405	100
1958	35,4	644	137	5,8	98	148	29,6	546	135
1959	40,7	820	174	5,9	114	173	34,8	706	174
Zusammen	107,8	1 935	x	16,0	278	x	91,8	1 657	x
Löschungen									
1957	10,9	83	100	2,5	18	100	8,4	65	100
1958	12,2	95	115	2,7	24	136	9,5	71	109
1959	14,1	144	174	3,6	33	183	10,6	111	171
Zusammen	37,2	322	x	8,8	75	x	28,4	247	x

1) Ab 1.1.1957 werden nur "echte" Grundschulden erfaßt. Vergleiche dazu: "Die Grundstücks- und Schiffshypotheken von 1954 - 1957 in

Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 265 (November)
2) Laut Geschäftsstatistik des Justizministeriums Schleswig-Holstein wurden 1957: 851; 1958: 661 und 1959: 646 Fälle festgestellt



ersten Jahreshälfte mit 2,75% seinen tiefsten Stand erreicht hatte und daß kurz nacheinander, und zwar am 4.9. die erste Erhöhung (auf 3%) und am 23.10. die zweite auf nunmehr 4% vorgenommen wurde.

Die Durchschnittswerte für landwirtschaftliche Grundschulden waren 1957 und auch 1958 noch beträchtlich höher als die für landwirtschaftliche Hypotheken, 1959 sind die Grundschulden nur noch geringfügig größer als die Hypotheken.

Tab. 2 Durchschnittlicher Wert der Grundpfandrechte
— in DM —

Zeitraum	Landwirtschaftl. Grundstücke		Nichtlandwirtschaftl. Grundstücke	
	Hypotheken	Grundschulden	Hypotheken	Grundschulden
1957	13 200	21 800	16 700	10 900
1958	15 000	19 700	20 900	14 400
1959	19 300	19 700	22 800	16 300

Bei dem übrigen Grundbesitz erreichten die Durchschnittswerte für Grundschulden bei weitem nicht die Höhe der für Hypotheken. Anscheinend wird in der Landwirtschaft der Eintragung von Grundschulden der Vorzug gegeben: denn im Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1959 entfiel von dem gesamten Eintragungsbetrag auf landwirtschaftliche Grundstücke 41% auf Grundschulden, während es im nichtlandwirtschaftlichen Bereich nur 29% waren. Besonders stark wurden 1958 in der Landwirtschaft Grundschulden eingetragen, hier waren es nämlich beinahe die Hälfte (47%) des Gesamtwertes der neu eingetragenen landwirtschaftlichen Grundpfandrechte. Aber auch bei nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken kommt die Grundschuld von Jahr

zu Jahr stärker zum Zuge: ihr Anteil erhöhte sich von 25% im Jahre 1957 auf 31% im Jahre 1959. Die größere Beweglichkeit der Grundschuld im Wirtschaftsverkehr dürfte die Ursache dafür sein.

Von 1957 bis 1959 wurden 37 200 Grundpfandrechte mit 322 Mill. DM gelöscht. Die relative Zunahme des Löschungsvolumens entsprach der Zunahme des Eintragungsvolumens. Diese Parallele ist rein zufällig, da die Löschung eines Grundpfandrechts im Grundbuch in der Regel nicht mit der Schuldentilgung übereinstimmt.

Im Realkreditgeschäft spielen die Banken, Sparkassen, Versicherungen und ähnliche Anstalten die Hauptrolle: sie waren an den dinglich gesicherten Ausleihungen mit mehr als neun Zehnteln beteiligt. Private Geldgeber sind nach wie vor verhältnismäßig selten Gläubiger von Hypotheken oder Grundschulden. Eintragungen zu Gunsten ausländischer Gläubiger kamen nur in geringem Umfang vor.

Zu erwähnen sind noch die Eintragungen im Zuge von Erbauseinandersetzungen (auch Familienhypotheken genannt), die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung von den anderen Grundstücksbelastungen abweichen, da hier keine Geldbewegungen zu Grunde liegen, sondern es sich um die Verteilung eines vorhandenen Vermögens handelt. Von der gesamten Eintragungssumme machten diese Hypotheken jeweils weniger als ein Prozent aus.

Schiffshypotheken

Zum Unterschied von den ständig zunehmenden Grundstückshypothekenverläuft die Entwicklung der Schiffshypotheken von Jahr zu Jahr schwankend. Das Ergebnis des Jahres 1957 mit 117 Mill. DM neu eingetragenen Seeschiffshypotheken wurde 1958 noch übertroffen: die Summe der Eintragungen belief sich auf 135 Mill. DM, das war der bisher höchste Betrag seit 1954. Für 1959 ist dagegen ein bemerkenswerter Rückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die Eintragungen von Seeschiffshypotheken ergaben nur einen Betrag von 66 Mill. DM. Das entspricht etwa dem Wert, der bereits 1954 und auch 1956 erreicht wurde. Von 1954 bis 1958 hat sich der Durchschnittsbetrag der Seeschiffshypothek von Jahr zu Jahr erhöht, und zwar von 176 000 DM im Jahre 1954 auf 489 000 DM im Jahre 1958. Da die Anzahl der Eintragungen 1959 weniger stark zurückging als die Eintragungssumme, sank die Durchschnittshypothek auf 282 000 DM.

Die Löschungen von Schiffshypotheken können nicht ohne weiteres den zeitlich entsprechenden Eintragungen gegenübergestellt werden, um daraus Aussagen über die zu- oder abnehmende Nettoverschuldung der Schifffahrt herzuleiten.

Tab. 3

Eintragungen und Löschungen von Schiffshypotheken¹

Jahr	Seeschiffe				Binnenschiffe			
	Eintragungen		Löschungen		Eintragungen		Löschungen	
	Anzahl	Betrag Mill.DM	Anzahl	Betrag Mill.DM	Anzahl	Betrag Mill.DM	Anzahl	Betrag Mill.DM
1954	351	61,8	102	14,3	11	0,5	1	0,0
1955	469	101,1	213	24,0	7	0,4	3	0,0
1956	287	64,8	169	22,0	18	1,8	2	0,0
1957	327	116,9	219	30,2	7	0,6	4	0,7
1958	277	135,4	192	69,8	37	1,6	9	0,0
1959	233	65,6	175	31,1	46	2,0	13	0,6
1954 - 1959	1 944	545,6	1 070	191,4	126	6,9	32	1,3

1) ohne Höchstbetragshypotheken

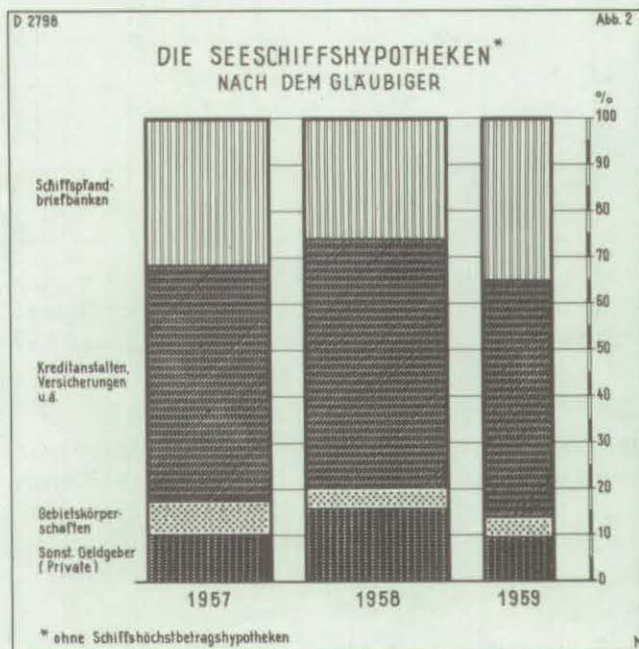
Den Löschungen haftet eine gewisse Zufälligkeit an. Es kann höchstens bei der Betrachtung eines längeren Zeitraumes sehr stark vereinfacht gesagt werden, daß im günstigsten Fall, d.h. wenn man unterstellt, daß sämtliche Löschungen genau den gleichen Zeitraum wie die Eintragungen betreffen, die Eintragungssumme um die Löschungssumme reduziert werden könnte. Für diese Betrachtungen kommt erschwerend hinzu, daß eine getilgte Hypothekenschuld nicht immer sofort im Schiffsregister gelöscht wird.

Die hypothekarische Belastung von Binnenschiffen ist in Schleswig-Holstein unbedeutend, da die Binnenschifffahrt im Land nur eine untergeordnete Rolle spielt. Von 1954 bis 1959 wurden 126 Eintragungen mit zusammen knapp 7 Mill. DM registriert, darunter etwa die Hälfte des Betrages in den beiden letzten Jahren.

Das Eintragungsvolumen für Höchstbetrags-hypotheken auf Seeschiffe, die in der Weise bestellt werden, daß nur der Höchstbetrag, bis zu dem das Schiff haften soll, eingetragen wird, die Feststellung der Forderung aber vorbehalten bleibt, hat von 1957 bis 1959 ständig abgenommen; nämlich von 27 Mill. DM (1957) auf 12 Mill. DM (1959). Dieselbe Tendenz zeigt sich auch bei den Löschungen, die von 15 Mill. DM auf 7 Mill. DM zurückgingen.

Die hauptsächlichen Geldgeber für Schiffshypotheken - ohne Höchstbetrags-hypotheken - waren auch 1958 und 1959 die Kreditanstalten und Versicherungen. Von ihnen stammte in beiden Jahren etwas mehr als die Hälfte des gesamten Hypothekenbetrages. Zusammen mit den Schiffs-pfandbriefbanken, die 1958 etwa ein Viertel und 1959 reichlich ein Drittel des Gesamtbetrages zur Verfügung stellten, dominierten die Anstalten also nach wie vor eindeutig in der Geldhergabe.

Der Anteil der öffentlichen Hand nahm weiterhin ab; Gebietskörperschaften waren nur noch mit 4% gegenüber 20% im Jahre 1954 an den Seeschiffshypotheken beteiligt. Von privaten Geldgebern kamen 1958 16% und 1959 8% der hypothekarisch gesicherten Kredite. Ausländi-



sche Gläubiger traten in beiden Jahren nur mit geringen Beträgen auf.

Für die von Banken und Versicherungen gewährten Hypotheken auf Seeschiffe wurden auch



die eingetragenen Zinssätze ermittelt. Die Zinsentwicklung der Jahre 1954 bis 1957 ist durch eine ständige Zunahme der mit über 7% verzinslichen Hypotheken gekennzeichnet. In der gleichen Zeit nahmen die unverzinslichen Hypotheken, entsprechend dem Rückgang der Kreditgewährung von Gebietskörperschaften, ständig ab. So wurden 1958 nur noch 0,1% aller Anstaltshypotheken und 1959 überhaupt keine Hypotheken mehr unverzinslich zur Verfügung gestellt. 1954 war noch ein Viertel der neu eingetragenen Hypothekensumme zinslos gewesen.

Der 1958 einsetzende Zinsumschwung auf dem Kapitalmarkt hat auch bei den Seeschiffshypo-

theken zu sinkenden Zinssätzen geführt: während 1957 noch 87% der Hypothekensumme mit hohen Zinssätzen (über 7%) eingetragen wurden, verminderte sich deren Anteil im Jahre 1958 auf 72%. Die volle Auswirkung der Zinssenkung trat jedoch erst 1959 ein. In diesem Jahr wurden nur noch bei knapp 8% der Hypotheken Zinssätze über 7% festgestellt. Am häufigsten, nämlich für neun Zehntel des Hypothekenbetrages, waren nunmehr über 5 bis einschl. 7% Zinsen zu zahlen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Hypothekenbewegung 1958/59" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 636 (November)

Aus den Haushaltsrechnungen des Landes

Die folgenden Ergebnisse sind der Statistik der Staatsfinanzen entnommen. In ihr werden die Istaussgaben und die Isteinnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Landeshaushalts erfaßt. Nicht einbezogen sind die durchlaufenden Gelder, der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Abwicklungsbeträge der Vorjahre.

Die institutionelle Gliederung, wie sie der Landeshaushaltsplan wiedergibt, eignet sich weder für Vergleiche mit anderen Ländern noch für Vergleiche über einige Jahre hinaus, da die institutionelle Gliederung von Land zu Land beträchtlich unterschiedlich ist und andererseits der schleswig-holsteinische Landeshaushaltsplan hinsichtlich der Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben in der Vergangenheit mehrfach starken Änderungen unterworfen war. Die beste Vergleichsbasis sowohl bei Ländervergleichen als auch bei Haushaltsbetrachtungen über mehrere Jahre hinweg ist durch die Statistik der Staatsfinanzen gegeben. In ihr werden mit Hilfe eines bundeseinheitlichen Kennziffernplanes die Einnahmen und Ausgaben funktionell gegliedert. Nachteilig ist, daß die Ergebnisse relativ spät vorliegen und nicht durch Angaben aus den Haushaltsplänen der folgenden Rechnungsjahre zeitlich ergänzt und damit aktualisiert werden können. Das wird erst dann möglich sein, wenn den Haushaltsplänen der Länder eine nach dem finanzstatistischen Kennziffernplan aufgegliederte Zusammenfassung vorangestellt wird.

I. Die Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Rechnungsjahres 1958 sind gegenüber den Vorjahren weiterhin gestie-

gen und erreichten erstmalig eine Höhe von 1 244 Mill. DM.

Einer ab Rechnungsjahr 1951 - damals betrugen die Gesamtausgaben 628 Mill. DM - abfallenden Zuwachsrates, die im Rechnungsjahr 1954 mit 1,9% ihren bisher niedrigsten Stand erreichte, folgten ab Rechnungsjahr 1955 ständig steigende Zuwachsraten (im Rechnungsjahr 1957 mit 19% Steigerung gegenüber dem Vorjahr besonders hoch); im Rechnungsjahr 1958 sank die Zuwachsrates wieder auf 4,8%. Die Zunahme des Ausgabevolumens in den letzten zwei Rechnungsjahren ergab sich - wie die Ausführungen im einzelnen noch zeigen werden - aus den verschiedensten Gründen.

Zu einem Teil war die Ausgabensteigerung auf die Übernahme gemeindlicher Aufgaben, z.B. auf dem Schulsektor, zu einem weiteren Teil auf gestiegene Gehälter und Löhne, auf Preissteigerungen und auf erhöhte soziale Leistungen auf Grund gestiegener Lebenshaltungskosten zurückzuführen. - Andererseits gestatteten auch die im Laufe der letzten Jahre stark gestiegenen Steuereinnahmen und die Intensivierung des Finanzausgleiches seit Jahren notwendige, aber immer wieder hinausgeschobene Investitionen insbesondere auf dem Gebiet des Straßen-, Wohnungs- und Schulbaues durchzuführen.

Ähnlich hohe Ausgabensteigerungen sind bei allen öffentlichen Haushalten festzustellen. So stiegen z. B. die Gesamtausgaben des Landes Schleswig-Holstein vom Rechnungsjahr 1951 bis 1957 um 89,3% und im Rechnungsjahr 1958 um weitere 4,8%, die aller sieben Bundesländer (ohne Stadtstaaten) dagegen um 93,1% und im Rechnungsjahr 1958 um weitere 4,3%. Abgesehen vom Bundeshaushalt, der im gleichen Zeitraum noch weit kräftigere Ausgabensteigerungen aufweist, haben auch die Gesamtausgaben

der kommunalen Gebietskörperschaften sich in ähnlicher Weise erhöht, und zwar in Schleswig-Holstein bis 1957 um 69%, bei allen kommunalen Gebietskörperschaften im Bundesgebiet um 99%!

1. Die Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben stellen die Aufwendungen der Hoheitsverwaltungen, bei denen überwiegend hoheitliche und selbstverwalterische Aufgaben wahrgenommen werden, dar. Sie beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 in Schleswig-Holstein auf 1 159 Mill. DM und machten 93% der Gesamtausgaben aus. Von den insgesamt 17 Verwaltungszweigen sind die in der Tabelle 1 aufgeführten 6 Verwaltungszweige nach der Höhe ihrer Ausgaben von besonderer Bedeutung; auf sie entfallen allein 83% aller Bruttoausgaben.

Da die zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen von anderen Gebietskörperschaften - insbesondere vom Bund - unterschiedlich hoch waren, belasteten die ausgewählten Aufgabengebiete den Landeshaushalt nicht in der Höhe der Bruttoausgaben. Die tatsächliche Ausgabenbelastung wird durch die Eigenausgaben ausgewiesen; diese ergeben sich, wenn von den Bruttoausgaben die zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen anderer Gebietskörperschaften abgezogen werden. Der Anteil der Eigenausgaben an den Bruttoausgaben betrug im Rechnungsjahr 1958 70%. Die Eigenausgaben des Landes stiegen im Rechnungsjahr 1957 um 14%, im Rechnungsjahr 1958 um weitere 8% auf 807 Mill. DM.

Ein weiterer - unterschiedlich großer - Teil der Ausgaben wird durch Einnahmen, wie Ge-

bühren, Entgelte, Strafen, Schuldenaufnahmen und andere spezielle Deckungsmittel, finanziert. Der um diese speziellen Deckungsmittel verringerte Ausgabebetrag ergibt den Zuschußbedarf. Er ist etwa ähnlich stark wie die Bruttoausgaben und die Eigenausgaben gestiegen; mit 618 Mill. DM im Rechnungsjahr 1958 erreichte er 53% der Bruttoausgaben und 77% der Eigenausgaben.

a) Das Bildungswesen

Ander Spitze der Ausgaben stand auch im Rechnungsjahr 1958 wiederum das Bildungswesen. In diesem Verwaltungszweig werden die Einnahmen und Ausgaben für alle Arten von Schulen einschließlich der berufsbildenden Schulen, der Wissenschaft einschließlich der Universitäten und der Universitätskliniken, der Kunst und Volksbildung zusammengefaßt. Da das Bildungswesen Angelegenheit der Länder und ihrer Kommunen ist - dementsprechend sind auch die Zuweisungen des Bundes mit 7 Mill. DM oder 2,6% der Bruttoausgaben gering -, bildet der Kulturhaushalt das Schwergewicht in allen Länderhaushalten. Fast ein Viertel der gesamten Bruttoausgaben entfällt auf diesen Bereich, bei dem die Ausgabensteigerung mit 8% im Rechnungsjahr 1957 und weiteren 16% im Rechnungsjahr 1958 besonders auffällig war. Das gestiegene Ausgabenvolumen ist die finanzielle Auswirkung von zwei Gesetzen, nämlich des neuen Besoldungsgesetzes und des Gesetzes über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen.

Das ab 1. April 1957 gültige Besoldungsgesetz für Beamte wirkte sich im Rechnungsjahr 1958 voll aus. Gehaltserhöhungen belasten diesen Bereich besonders stark, da der Anteil der persönlichen Ausgaben an den Bruttoausgaben mit

Tab. 1 Brutto-, Eigenausgaben und Zuschußbedarf des Landeshaushalts nach ausgewählten Verwaltungszweigen
- Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt -

Verwaltungszweig	Rechnungsjahr								
	1956			1957			1958		
	Brutto-	Eigen-	Zu-	Brutto-	Eigen-	Zu-	Brutto-	Eigen-	Zu-
	ausgaben	ausgaben	schuß-	ausgaben	ausgaben	schuß-	ausgaben	ausgaben	schuß-
Mill. DM									
Bildungswesen	221	195	182	237	214	193	276	251	230
darunter Schulen	181	157	154	193	172	169	223	203	200
Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	167	58	27	228	64	15	214	55	17
darunter Allgemeine Förderung der Landwirtschaft	33	14	- 2	91	18	1	84	10	1
Bau- und Wohnungswesen	91	21	6	153	59	52	154	57	18
Arbeit und Wohlfahrt	122	78	51	130	81	52	130	84	57
Verkehr	60	54	27	64	50	41	75	68	50
Finanzen	105	97	90	101	90	84	117	106	99
Ausgewählte Verwaltungszweige zusammen	766	504	383	914	558	436	966	621	469
Hoheitsverwaltungen insgesamt	925	657	509	1 107	747	588	1 159	807	618

79% im Rechnungsjahr 1958 im Bildungswesen besonders hoch ist; bei den Schulen beträgt er im Rechnungsjahr 1958 sogar 86%. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Landesbeamten Lehrer sind.

In dem 1957 verabschiedeten Gesetz über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen, das die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften neu regelte, übernahm das Land weitere Ausgaben, die vorher von Gemeinden getragen wurden. Die Entlastung für die kommunalen Schulträger war insbesondere bei den höheren und berufsbildenden Schulen dadurch gegeben, daß die Personalkosten für Lehrkräfte - bis auf die städtischen Schulen von Kiel und Lübeck - voll vom Land übernommen wurden. Die Gemeinden beteiligten sich an der Finanzierung der Lehrergehälter nur noch durch Schulbeiträge. Von den Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) zusammen beträgt der Anteil, der vom Land getragen wird (Eigenausgaben), bei

im Rechnungs- jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	höheren Schulen	berufs- bildenden Schulen
	- in % -			
1957	63	68	63	58
1958	66	71	65	61

Die Eigenausgaben des Landes für das Bildungswesen beanspruchten im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 31% aller Eigenausgaben des Landes gegenüber 29% im Rechnungsjahr 1957.

Infolge der überdurchschnittlich hohen Zahl an Schülern gegenüber dem Bundesdurchschnitt und der Siedlungsstruktur Schleswig-Holsteins, die dazu zwingt, in vielen kleinen Gemeinden überdurchschnittlich häufig ein- und zweiklassige Volksschulen einzurichten, liegt gerade auf diesem Gebiet für Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern eine besonders große Ausgabenbelastung.

b) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Ausgaben für diesen Verwaltungszweig sind ebenfalls erheblich. Sie beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 214 Mill. DM und beanspruchten damit 18% der Bruttoausgaben, und zwar für:

Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan). Hier beliefen sich die Ausgaben insgesamt auf 84 Mill. DM; das sind 39% der Ausgaben dieses Verwaltungszweiges.

Programm Nord, Maßnahmen im Küstengebiet, Sondermaßnahmen im Tidegebiet der

Nordseeküste; hierfür wurden 74 Mill. DM oder 35% der Mittel dieses Verwaltungszweiges verausgabt.

Flurbereinigung mit 19 Mill. DM Ausgaben; das sind 9% dieses Bereiches.

Besonders hoch gegenüber dem Vorjahr war die Ausgabensteigerung (+ 37%) im Rechnungsjahr 1957. Diese Steigerung wurde überwiegend verursacht durch Mehrausgaben beim "Grünen Plan" (+ 55 Mill. DM) und Mehrausgaben für Verbilligung des Dieselmotorkraftstoffes (+ 5 Mill. DM).

Im Rechnungsjahr 1958 verminderten sich die Bruttoausgaben um 6,5%, sie wurden zu drei Vierteln durch zweckgebundene Zuweisungen (145 Mill. DM) und Darlehen (14 Mill. DM) vom Bund finanziert. Damit sinkt der Anteil der Eigenausgaben dieses Verwaltungszweiges auf knapp 7% der gesamten Eigenausgaben des Landes. Es verbleibt aber immer noch eine Belastung des Landes in Höhe von 55 Mill. DM; ihre Verwendung ist überwiegend außerhalb des Ermessens des Landes gestellt. Mit den Zuweisungen und Darlehen des Bundes dieses Verwaltungszweiges sind in der Regel Auflagen an das Land wie Bereitstellung von Komplementärmitteln verbunden. Diese Dotationsauflagen bedeuten aber einen nicht immer wünschenswerten Ausgabezwang. Aus diesem Grunde ist auch die Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt in diesem Bereich besonders hoch (22 Mill. DM). Der nach Abzug der speziellen Deckungsmittel verbleibende Zuschußbedarf ist mit 16,6 Mill. DM gering, das sind 2,7% des gesamten Zuschußbedarfs des Landes.

c) Bau- und Wohnungswesen

Die Bruttoausgaben beliefen sich auf insgesamt 154 Mill. DM, das sind 13% aller Bruttoausgaben; sie wurden überwiegend für die Förderung des Wohnungsbaues bereitgestellt. Der weitaus größte Teil wurde als Darlehen zur Verfügung gestellt, sie erreichten im Rechnungsjahr 1958 eine Höhe von 116 Mill. DM.

Einer außergewöhnlich hohen Zuwachsrate im Rechnungsjahr 1957 in diesem Verwaltungszweig von insgesamt 67% folgte eine weitere Ausgabensteigerung im Rechnungsjahr 1958 um 1%. Die erhöhten Ausgaben sind eine Folge des 2. Wohnungsbaugesetzes; dieses sah sowohl eine bessere Ausstattung der Wohnungen als auch eine Anhebung der bisherigen Durchschnittsgröße der Wohnungen vor. Da außerdem die Baupreise nicht unerheblich gestiegen waren, mußten für jede zu erstellende Wohnung sehr viel höhere Kosten angesetzt werden; um dadurch entstehende Finanzierungslücken zu schließen, wurden die vom Land bereitgestellten Mittel je Wohnung ebenfalls erhöht.

Zu der Ausgabesteigerung 1957 trugen ferner 8 Mill. DM höhere Mittel (insgesamt 8,7 Mill. DM) für das Barackenräumungsprogramm bei.

Das Bau- und Wohnungswesen ist nach der Höhe des Ausgabenbetrages von der 5. Stelle im Rechnungsjahr 1956 auf die 3. Stelle im Rechnungsjahr 1958 gerückt. Gemessen an den Eigenausgaben steht es dagegen an 5. Stelle, da die zweckgebundenen Zahlungen von anderen Gebietskörperschaften mit 63% der Bruttoausgaben sehr beträchtlich waren. Sie bestanden im wesentlichen aus Zuschüssen (15 Mill. DM) und Darlehen (82 Mill. DM) des Bundes und des Lastenausgleichsfonds.

Die speziellen Deckungsmittel, insbesondere die Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt (31,7 Mill. DM), waren in diesem Bereich erheblich, so daß der Zuschußbedarf mit 17,7 Mill. DM nur geringfügig höher als der des Verwaltungszweiges Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war.

d) Arbeit und Wohlfahrt

Vom Land wurden 130 Mill. DM an Fürsorgeleistungen einschließlich sozialer Kriegsfolgenlasten, Aufwendungen für Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes, die in diesem Verwaltungszweig nachgewiesen werden, ausgegeben. Im Rechnungsjahr 1957 stiegen die Aufwendungen um 7%, verursacht durch verstärkte Zuschüsse für das Jugendaufbauwerk (+ 2,7 Mill. DM), für kommunale Krankenanstalten (+ 1,4 Mill. DM) sowie durch eine erstmalige Ausgabe für den Neubau eines Schwesternhauses und andere Bauten des Landes für den Gesundheitsdienst (+ 1,3 Mill. DM). Im Rechnungsjahr 1958 verringerten sich die Ausgaben geringfügig um 0,4%. Die zweckgebundenen Zuweisungen vom Bund (32 Mill. DM) sind auch in diesem Bereich relativ hoch. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Zuweisungen für Kriegsfolgehilfe in Höhe von 18 Mill. DM nicht in der Landesrechnung, sondern dort, wo sie endgültig ausgegeben werden, nämlich von den kommunalen Gebietskörperschaften, nachgewiesen werden. Ein Zehntel aller Eigenausgaben des Landes entfällt auf diesen Verwaltungszweig. In ihm sind die speziellen Deckungsmittel, insbesondere als Benutzungsgebühren für Krankenhäuseraufenthalte, mit 15,5 Mill. DM besonders hoch.

e) Verkehr

In dem Verwaltungszweig Verkehr werden die Ausgaben für Straßen, Wege, Brücken, See- und Binnenwasserstraßen, Häfen u. ä. nachgewiesen. Die Ausgabensteigerung im Rechnungsjahr 1957 gegenüber dem Vorjahr betrug 7%, im Rechnungsjahr 1958 weitere 16%. Der überwiegende Teil dieser Ausgaben (im Rechnungsjahr 1958 95%) wurde für Landstraßen I. und II.

Tab. 2 Bruttoausgaben des Landeshaushalts für Straßen, Wege und Brücken
— Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt —

Rechnungsjahr	Insgesamt	davon		
		Landstraßen I. Ordnung	Landstraßen II. Ordnung	sonstige Straßen, Wege und Brücken
		einschl. Brücken		
	Mill. DM			
1951	15	9	3	3
1952	22	12	4	6
1953	34	14	8	12
1954	29	16	4	9
1955	55	24	6	26
1956	53	35	7	11
1957	56	26	12	18
1958	71	29	26	16 ^a
Insgesamt	335	164	69	102

a) einschl. 8 Mill. DM Zuweisungen für den Wirtschaftswegebau (Grüner Plan)

Ordnung sowie für andere Straßen, Wege und Brücken ausgegeben. Der ständig steigende Verkehr, der starke Nachholbedarf sowie gestiegene Preise erklären die wachsenden Mehrausgaben.

Die Ausgaben für Straßenbauinvestitionen konnten erheblich gesteigert werden, mehr als die Hälfte der im Laufe der 8 Jahre ausgegebenen Mittel in Höhe von insgesamt 335 Mill. DM wurden in den letzten drei Rechnungsjahren bereitgestellt.

Die in diesem Verwaltungszweig nachgewiesenen zweckgebundenen Zuweisungen anderer Gebietskörperschaften sind nicht sehr beträchtlich, so daß 91% der Bruttoausgaben im Rechnungsjahr 1958 vom Land finanziert werden mußten.

2. Der Landeshaushalt nach Ausgabearten

Innerhalb der Bruttoausgaben gliedern sich die Aufwendungen nach drei Ausgabegruppen:

a) Verwaltungs- und Zweckausgaben

Diese Ausgaben beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 780 Mill. DM; ihr Anteil an den Bruttoausgaben betrug rund zwei Drittel, er ist gegenüber den Vorjahren fast unverändert geblieben. In ihnen sind enthalten: die persönlichen Ausgaben (433 Mill. DM), die Zuweisungen an Zweckverbände und sonstige Körperschaften (100 Mill. DM), die Zinsen¹ (26 Mill. DM), Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen (10 Mill. DM); die sonstigen Sach- und Dienstleistungen einschließlich der allgemeinen sächlichen Ausgaben stellen den Rest der Verwaltungs- und Zweckausgaben (211 Mill. DM).

1) Die Tilgungen — einschl. der an Gebietskörperschaften — erreichten im Rechnungsjahr 1958 54 Mill. DM, so daß sich der Schuldendienst auf insgesamt 80 Mill. DM belief, gegenüber 62 Mill. DM im Rechnungsjahr 1957

Die Ausgaben sind dem Grund und der Höhe nach weitgehend zwangsläufig. Den beachtlichsten Anteil beanspruchen in ihnen die Personalausgaben mit 56%; das sind 37% der Bruttoausgaben (im Rechnungsjahr 1956 betrug der Anteil ebenfalls 37%, im Rechnungsjahr 1957 dagegen 35%). Insgesamt wurden im Rechnungsjahr 1958 vom Land 32 875 Bedienstete beschäftigt, und zwar 20 659 Beamte, 1 873 beamtete Hilfskräfte, 8 429 Angestellte und 1 914 Arbeiter. Von den insgesamt 30 961 Beamten und Angestellten entfallen 38% auf Lehrer und Lehrpersonen der Universität, 16% auf die Polizei, 9% auf Gerichte und Strafvollzug, 7% auf Ärzte und Pflegepersonal, 9% auf Finanzämter. In diesen fünf aufgeführten Bereichen sind 78% aller Bediensteten aufgeführt, die etwa 70% der persönlichen Ausgaben (ohne Versorgung) des Landes beanspruchen.

Der Personalstand hat sich im Rechnungsjahr 1958 gegenüber den Vorjahren nur geringfügig erhöht (+0,8%). Die Personalausgaben sind durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen dagegen mit 12,2% im Rechnungsjahr 1958 ungleich stärker gestiegen als die Personalstellen.

b) Ausgaben der Vermögensbewegung

Die unmittelbaren Ausgaben der Vermögensbewegung des Landes sind relativ gering. Es ist jedoch zu beachten, daß ein erheblicher Teil der Landesmittel in Form von Zuschüssen und Darlehen für die Finanzierung der Investitionen der Gemeinden (Gv.) bzw. der Körperschaften des öffentlichen Rechts geleistet wurde. Der Anteil der Ausgaben der Vermögensbewegung betrug 225 Mill. DM oder 19% der Bruttoausgaben. Vergleichsweise sei angeführt, daß die Ausgaben der Vermögensbewegung der kommunalen Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1958 sich auf 307 Mill. DM belaufen (38% ihrer Bruttoausgaben).

Tab. 3 Ausgaben der Vermögensbewegung des Landes im Rechnungsjahr 1958

Art	Mill. DM	in %	dagegen Rechnungsjahr 1957	
			Mill. DM	in %
Gewährung von Darlehen ¹	143	64	168	70
Erwerb von Grundvermögen und Beteiligungen	6	2	11	5
Tilgung ¹	33	15	19	8
Neu- und Wiederaufbau	38	17	36	15
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	5	2	6	2

1) ohne Darlehen und Tilgungen an Gebietskörperschaften

c) Zahlungen an Gebietskörperschaften

Als letzte Ausgabengruppe sind die Zahlungen des Landes an Gebietskörperschaften zu nennen.

Sie betrugen im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 153 Mill. DM und gliedern sich wie folgt:

	Mill. DM	dagegen Rechnungsjahr 1957
		Mill. DM
Zuweisungen an den Bund/Lastenausgleichsfonds (einschl. Tilgungen)	58	66
Zuweisungen an Länder (einschl. Tilgungen)	5	5
Zuweisungen an Gemeinden (Gv.)	86	73
Darlehen an Gemeinden (Gv.)	3	3
	153	148

Wird berücksichtigt, daß neben den zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen in Höhe von 90 Mill. DM die kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs weitere 74 Mill. DM erhielten, so beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 die Zahlungen des Landes an die Gemeinden (Gv.) auf insgesamt 164 Mill. DM. Dies ergibt gegenüber 1957 eine Steigerung von 13%. Unberücksichtigt blieben dabei als weitere Entlastung der Gemeinden die bereits erwähnten Aufgabenübertragungen von kommunalen Gebietskörperschaften auf das Land.

II. Die Einnahmen

Den Ausgaben in Höhe von 1 244 Mill. DM standen im Rechnungsjahr 1958 Einnahmen in Höhe von 1 243 Mill. DM gegenüber. Sie gliedern sich in zwei Gruppen.

1. Spezielle Deckungsmittel

Hierzu zählen alle zweckgebundenen Einnahmen, nämlich Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften und die sonstigen speziellen Deckungsmittel wie Gebühren, Entgelte, Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt u. a. Insgesamt standen dem Landeshaushalt 1958 zweckgebundene Mittel in Höhe von 541 Mill. DM zur Verfügung. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen ist mit 44% beträchtlich.

a) Die zweckgebundenen Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften

Innerhalb der speziellen Deckungsmittel kommt den Zuweisungen und Darlehen die größte Bedeutung zu. Ihr Anteil an den speziellen Deckungsmitteln stieg von 64% im Rechnungsjahr 1956 auf 69% im Rechnungsjahr 1957 und stellte sich im Rechnungsjahr 1958 auf 65%.

Die Zuweisungen des Bundes sind im Rechnungsjahr 1957 auffällig gestiegen, und zwar durch Zuweisungen für den Verwaltungszweig Ernährung, Landwirtschaft und Forsten um 65

Tab. 4 Die zweckgebundenen Zahlungen
von anderen Gebietskörperschaften

Art	1956		1957		1958	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Zuweisungen vom Bund/ Lastenausgleichsfonds	126	47	205	57	216	61
Darlehen vom Bund/ Lastenausgleichsfonds	112	42	126	35	105	30
Zuweisungen von anderen Ländern	0	0	0	0	0	0
Zuweisungen von Gemeinden (Gv.)	27	10	26	7	26	7
Rückflüsse von Darle- hen von Gemeinden (Gv.)	3	1	3	1	4	1
Hoheitsverwaltungen zusammen	268	100	360	100	352	100

Mill. DM auf 129 Mill. DM. Zwei Drittel aller zweckgebundenen Zuweisungen wurden im Rechnungsjahr 1958 für diesen Bereich zur Verfügung gestellt. Mit weitem Abstand (15% aller Zuweisungen) folgt an 2. Stelle der Verwaltungszweig Arbeit und Wohlfahrt, an 3. Stelle (7%) das Bau- und Wohnungswesen. Dagegen sind 78% (82 Mill. DM) aller dem Land vom Bund und Lastenausgleichsfonds gegebenen Darlehen im Rechnungsjahr 1958 für das Bau- und Wohnungswesen bestimmt gewesen.

b) Sonstige spezielle Deckungsmittel

Die sonstigen speziellen Deckungsmittel erreichten 1958 mit einer Zunahme von 19% gegenüber dem Rechnungsjahr 1957 eine Höhe von 189 Mill. DM. Unter ihnen kommt den Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt mit 77 Mill. DM sowie den Einnahmen des Gebührenhaushalts (57 Mill. DM) die größte Bedeutung zu. Zur Finanzierung mittelbarer und unmittelbarer Investitionen mußte in verstärktem Maße der Kreditmarkt benutzt werden. Seine Inanspruchnah-

me durch Aufnahme von Darlehen verstärkte sich gegenüber 1956 um 111%. Damit belief sich die Verschuldung des Landes am 31. März 1959 auf insgesamt 1 631 Mill. DM. Das bedeutete eine Steigerung des Schuldenstandes gegenüber dem Vorjahr um 10%. Im einzelnen setzten sich die Schulden wie folgt zusammen:

Tab. 5 Stand der staatlichen Verschuldung¹

Art der Verschuldung	31. 3. 1957	31. 3. 1958	31. 3. 1959
	Mill. DM		
Altschulden	421	296	291
Neuschulden	1 096	1 186	1 340
davon			
Kreditmarktmittel	102	135	186
Öffentliche Sondermittel	92	96	96
Schulden bei Gebietskörperschaften	902	955	1 058
Inlandschulden insgesamt	1 518	1 482	1 631

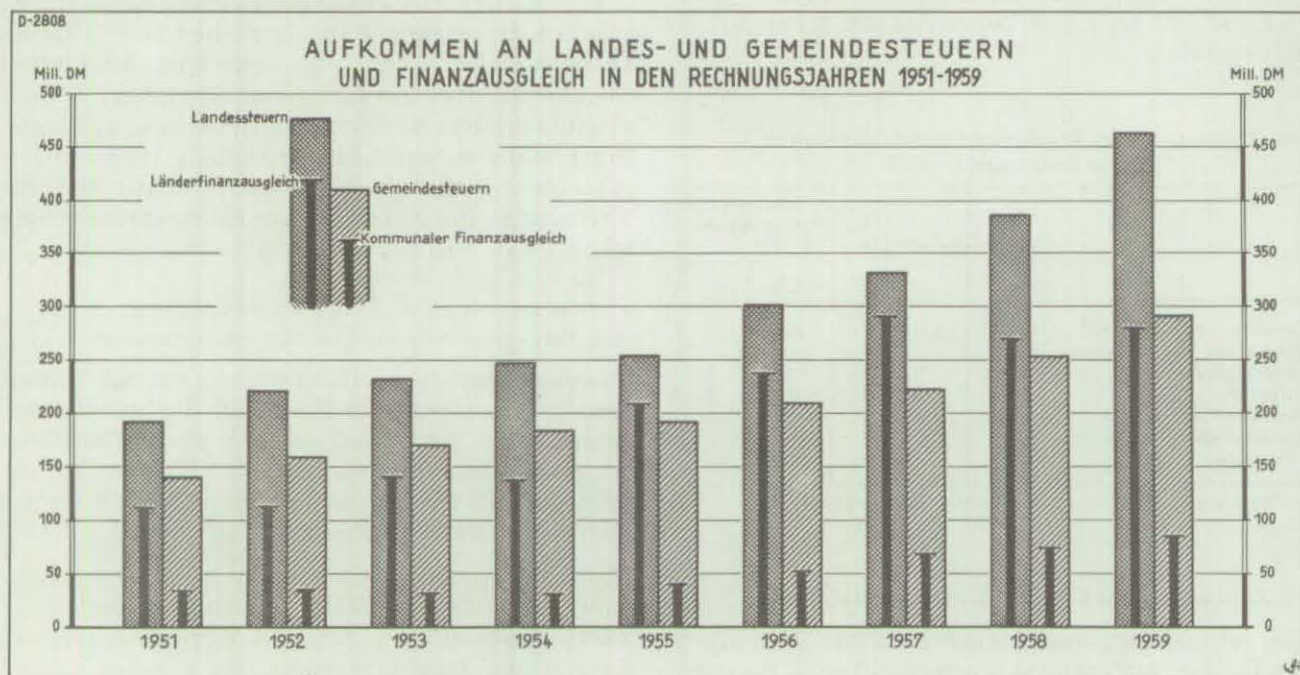
1) vergleiche auch: Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 70 (März)

Die höheren Kreditmarktschulden ergeben sich zum Teil aus Anleihen des Landes, und zwar im Rechnungsjahr 1957 in Höhe von 30 Mill. DM, im Rechnungsjahr 1958 in Höhe von 40 Mill. DM.

Die um 103 Mill. DM gestiegenen Schulden bei Gebietskörperschaften sind begründet durch eine Schuldenaufnahme von 68 Mill. DM beim Bund und 13 Mill. DM vom Lastenausgleichsfonds für die Förderung des Wohnungsbaues.

2. Allgemeine Deckungsmittel

48% aller Einnahmen des Rechnungsjahres 1958 entfielen auf die allgemeinen Deckungsmittel (601 Mill. DM). Sie setzen sich zusammen aus den Steuern (386 Mill. DM), dem Finanzausgleich zwischen den Ländern (271 Mill. DM), den Überschüssen aus dem Erwerbsvermögen



(1,9 Mill. DM) und den sonstigen allgemeinen Deckungsmitteln (15 Mill. DM), sie verringern sich um die Zahlungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (74 Mill. DM).

Den größten Einnahmeposten stellen die Landessteuern dar. Ihr Aufkommen erhöhte sich im Rechnungsjahr 1957 um 10%, im Rechnungsjahr 1958 um weitere 16%. Allerdings ist das Aufkommen in den 9 Bundesländern (einschließlich Hansestädte) noch günstiger. Je Einwohner berechnet blieb Schleswig-Holstein im Rech-

nungsjahr 1956 um 46%, im Rechnungsjahr 1957 um 45% und im Rechnungsjahr 1958 um 39% hinter dem Länderdurchschnitt zurück. Schleswig-Holstein ist deshalb auf die Hilfe der steuerstarken Länder angewiesen gewesen. Der Betrag, den Schleswig-Holstein aus dem Länderfinanzausgleich erhielt, erhöhte sich 1957 um 22,8% und sank 1958 um 6,7% auf 271 Mill. DM.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die öffentlichen Finanzen 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 135 (Mai) und S. 171 (Juni)

Kredite und Einlagen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Jahre 1959

- Von Hans Kimmelmeier, Kiel -

Vorbemerkung

Bei der Untersuchung der in dem folgenden Bericht genannten Zahlen, die den monatlichen und vierteljährlichen statistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank und der Landeszentralbank in Schleswig-Holstein entnommen sind, und bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre sei darauf hingewiesen, daß sie nicht vollständig den Umfang der von der heimischen Wirtschaft in Anspruch genommenen Kredite sowie der von ihr bei Kreditinstituten unterhaltenen Einlagen wiedergeben können. So ist es unmöglich, die Gesamtsumme derjenigen Kredite zu ermitteln, die von Banken außerhalb Schleswig-Holsteins unmittelbar an Wirtschaftsunternehmen im Lande gewährt worden sind; ebenso verhält es sich mit Guthaben, die bei Instituten in anderen Ländern der Bundesrepublik bestanden haben. Für die Aufgliederung der Bankkredite nach Wirtschaftszweigen und für die Errechnung der Anteile ist es - soweit es sich um schleswig-holsteinische Ausleihungen handelt - möglich gewesen, die statistischen Angaben der berichtspflichtigen Institute durch die Zahlen der nicht an den regelmäßigen Erhebungen teilnehmenden kleineren Kassen zu ergänzen, deren Kredite überwiegend der Landwirtschaft und den mit ihr eng verbundenen Gewerbebezügen zugute gekommen sein dürften.

Die Zahl der an der monatlichen Bilanzstatistik beteiligten Kreditinstitute hat sich durch Verschmelzung eines im Randgebiet des Landes ansässigen Institutes mit einem Hamburger Spezialinstitut auf 194 vermindert.

I. Die Gesamtkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private

Alle Bestimmungsfaktoren der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, die für das wirtschaft-

liche Wachstum von ausschlaggebender Bedeutung sind, haben auch im Jahr 1959 in expansiver Richtung gewirkt. Damit hat die Entwicklung unserer westdeutschen Wirtschaft denen Recht gegeben, die die Konjunkturdämpfung im Winter 1958/59 nicht als den Beginn eines abwärts gerichteten Trends angesehen haben. Es verdient an dieser Stelle festgehalten zu werden, daß die Bundesrepublik - zumindest, wenn man der Betrachtung den Wirtschaftsablauf für ganze Jahre zugrunde legt - von jeder echten "recession" verschont geblieben ist, während andere Länder recht empfindliche Konjunkturrückschläge haben hinnehmen müssen.

Der Aufschwung auf breiter Front setzte im Bundesgebiet bereits im Frühjahr wieder ein, weil es gelang, die zeitweise gedämpfte Situation überraschend schnell zu überwinden. Das war umso leichter möglich, als der in der Konjunkturruhe verständliche Lagerabbau so weit gegangen war, daß eine Wiederauffüllung zwingend notwendig wurde. Neben dieser Aufstockung der Handelslager veranlaßten die steigenden Auftragsbestände aus dem In- und Ausland die Industrie zu Erweiterungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Infolgedessen wurde die Investition, begünstigt durch die Zinssenkung am Kapitalmarkt und ihre Förderung durch eine gleichgerichtete Zinspolitik der Deutschen Bundesbank (Diskontsenkung auf 2¼% mit Wirkung vom 10.1.1959), erneut zur Hauptstütze der Konjunktur.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik im Jahre 1959 kann nach den bekannt gewordenen Ergebnissen als sehr befriedigend bezeichnet werden, auch wenn sie zeitweise zu ernststen Besorgnissen Anlaß gegeben hat und sich unerfreuliche Spannungen im Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gezeigt haben, die Tendenzen zu Preiserhöhungen zur Folge hatten. Es ist der Deutschen

Bundesbank mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gelungen, den sich abzeichnenden Gefahren zu begegnen. Seit dem 23. Oktober 1959, an dem der Diskontsatz auf nunmehr 4% erhöht worden ist, hat sich der Kurs der Notenbank zur Abwehr auch exogener Einflüsse verschärfen müssen. Die Auftragslage der Betriebe und die Erwartungen auf Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten waren aber doch sehr viel günstiger als im Vorjahr und im 1. Quartal 1959.

Die Bemühungen Schleswig-Holsteins, den Anschluß an den Bundesdurchschnitt zu gewinnen, haben in einem, wenn auch auf einer vorläufigen Schätzung beruhenden Vergleich des Wirtschaftswachstums mit dem anderer Bundesländer ihren meßbaren Niederschlag gefunden: es ist stärker gewesen als im Gesamtdurchschnitt Westdeutschlands. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Ausgangsbasis für diese Berechnung gegenüber anderen, hauptsächlich industrialisierten Ländern und gegenüber dem sehr starken Hamburg relativ niedrig gelegen hat. Diese günstige konjunkturelle Entwicklung im Jahr 1959 kommt nicht nur in den Produktionszahlen der Industrie und in den Umsätzen der Gesamtwirtschaft zum Ausdruck, sondern auch im Bilanzbild der Kreditinstitute, mit deren Hilfe die Konsolidierung des bisher Erreichten weitere Fortschritte gemacht hat.

Die Gesamtausleihungen der schleswig-holsteinischen Banken an die Wirtschaft lagen mit 3,3 Mrd. DM um 472 Mill. DM (17%) über dem Stand von Ende 1958; der Zuwachs des Kreditvolumens war 1959 um mehr als 100 Mill. DM größer als im Vorjahr (+ 363 Mill. DM = 15%). An diesem Ergebnis waren längerfristige Kredite mit einer Zunahme um 368 Mill. DM beteiligt, ein Zeichen dafür, daß mit der fortgeschrittenen Gesundung des Kapitalmarktes der längerfristige Kredit noch stärker als bisher in den Vordergrund trat.

Das Gleiche gilt auch für das Bundesgebiet. Hier nahmen die gesamten Ausleihungen um 13,8 Mrd. DM (16%) auf 100,1 Mrd. DM zu, darunter längerfristige Kredite mit einer Erhöhung um 10,9 Mrd. DM (1958: + 7,7 Mrd. DM).

Das Verhältnis der kurzfristigen Wirtschaftskredite zu den längerfristigen Ausleihungen,

Tab. 1 Die gesamten Wirtschaftskredite
– kurz- und längerfristig –

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹	
	in Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	in % des Bundes- gebietes	in Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %
1956	2 161	+ 8,5	3,0	71 284	+ 12,6
1957	2 428	+ 12,4	3,1	78 383	+ 10,0
1958	2 791	+ 15,0	3,2	86 315	+ 10,1
1959	3 264	+ 16,9	3,3	100 092	+ 16,0

1) einschl. Berlin (West), ohne Saarland

das in Schleswig-Holstein Ende 1958 ein Drittel : zwei Drittel betrug, hat sich kaum verändert. Im Bund waren die kurzfristigen Kredite mit 35% an den gesamten Wirtschaftskrediten beteiligt (Ende 1958: 37%).

Da die prozentuale Zunahme der Bankkredite in Schleswig-Holstein auch diesmal größer war als im Bund, stieg ihr Anteil von 3,2% auf 3,3% des westdeutschen Gesamtkreditvolumens.

In den Tabellen 1 bis 3 sind auch die von den Teilzahlungs- und Absatzfinanzierungsinstituten gewährten Kredite im Betrage von 52 Mill. DM enthalten, von denen 7 Mill. DM kurzfristig und 45 Mill. DM mittelfristig in Anspruch genommen waren (1958: 40 Mill. DM, davon 6 Mill. DM kurzfristig und 34 Mill. DM mittelfristig). Das Schwergewicht lag auch 1959 bei den mittelfristigen Krediten mit einer Steigerung um 10 Mill. DM. Diese Tatsache und der Rückgang der Zahl der im letzten Vierteljahr 1959 gewährten Kredite der Spezialinstitute gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 1958 lassen auf eine allgemeine Verbesserung der Einkommensverhältnisse und eine größere Bereitwilligkeit schließen, sich für Einzelkredite zur Beschaffung von Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs höher zu verschulden. Der Anteil dieser Kredite an den gesamten Wirtschaftskrediten betrug in Schleswig-Holstein 1,6% (Ende 1958: 1,4%).

Die Kaufkredite aller Teilzahlungsbanken im Bundesgebiet (ohne Saarland) erhöhten sich 1959 um 453 Mill. DM auf 2,5 Mrd. DM.

Die kurzfristigen Kredite

Die gesamten Kurzkredite an die schleswig-holsteinische Wirtschaft erhöhten sich um 104 Mill. DM (11%) auf 1 032 Mill. DM. Die Zunahme lag also wesentlich über der von 1958 (+ 76 Mill. DM = 9%).

Der Rhythmus in der vierteljährlichen Entwicklung des Volumens (relativ kräftige Zunahme im 1. Halbjahr, Abbau im 3. Vierteljahr und wieder leichter Anstieg zum Jahresschluß) hat sich nicht geändert.

Tab. 2 Die kurzfristigen Kredite an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem		in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem	
		Quartals- ende	Jahres- ende		Quartals- ende	Jahres- ende
Dez. 1958	928	+ 2,7	+ 8,9	31 998	+ 2,4	+ 0,9
März 1959	944	+ 1,7	+ 1,7	32 169	+ 0,5	+ 0,5
Juni 1959	1 020	+ 8,1	+ 9,9	32 907	+ 2,3	+ 2,8
Sept. 1959	1 015	- 0,5	+ 9,4	33 670	+ 2,3	+ 5,2
Dez. 1959	1 032	+ 1,7	+ 11,2	34 916	+ 3,7	+ 9,1

1) einschl. Berlin (West), ohne Saarland

Einen wesentlichen Einfluß auf das 1958 wieder einsetzende Wachstum der kurzfristigen Wirtschaftskredite hatte neben der Industrie und dem Handel auch weiterhin der unverändert hohe Bedarf der Landwirtschaft, der aus der Finanzierung der Saatgut- und Düngemittelbeschaffung, der Ernte und des Gräsungsgeschäftes zu erklären ist. Die größte Steigerung lag - wie auch in den Vorjahren - im 2. Vierteljahr.

Die öffentliche Hand, deren Kredite - ebenso wie die Kredite an Kreditinstitute - in den Übersichten unberücksichtigt geblieben sind, hatte für ihre Kassenbedürfnisse zum Jahresschluß rund 7 Mill. DM kurzfristig entnommen (Ende 1958: 12 Mill. DM). In dieser Summe sind die von den Banken zur Geldanlage erworbenen Schatzwechsel öffentlicher Stellen im Betrage von 31 Mill. DM nicht enthalten (22 Mill. DM inländische und 9 Mill. DM ausländische Schatzwechselkredite).

Die Entwicklung der Bank-an-Bank-Kredite, in denen 24 Mill. DM Refinanzierungskredite für Teilzahlungsgeschäfte enthalten sind (Ende 1958: 20 Mill. DM), wurde hauptsächlich von den Dispositionen der Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften bei ihren Spitzeninstituten bestimmt. Sie nahmen insgesamt um 7 Mill. DM auf 69 Mill. DM zu.

Im Bund erhöhten sich die Kurzkredite an Wirtschaft und Private um 2,9 Mrd. DM (9%) auf 34,9 Mrd. DM; sie lagen mit ihrer Zuwachsrate unter der Schleswig-Holsteins. Aus diesem Ergebnis sind u. a. die erfolgreichen Bemühungen der heimischen Wirtschaft zu erkennen, durch die Ausdehnung ihres Geschäftes, das in einem vergrößerten Betriebsmittelbedarf zum Ausdruck kommt, den Anschluß an das Wirtschaftswachstum im Bund zu erreichen.

Die längerfristigen Ausleihungen

An der bisherigen unterschiedlichen Struktur der Kreditgewährung durch die einzelnen Bankengruppen sowohl im Bund als auch in unserem Bereich hat sich grundsätzlich nichts geändert. Träger der längerfristigen Finanzierung waren nach wie vor in der Hauptsache die Realkreditinstitute und der Sparkassenkreis einschließlich der Girozentrale als gemischtem Institut. Von der gesamten Steigerung der längerfristigen Kredite um 368 Mill. DM entfielen auf die genannten Institute allein 313 Mill. DM (85%). Der im Vorjahresbericht für einen Zeitraum von 3 Jahren für diese genannte Anteil betrug 79%.

Vom Gesamtkreditvolumen der Hypothekenbanken, der Girozentrale und der Sparkassen (kurz- und längerfristig) waren Ende 1959 82% längerfristig ausgeliehen (1958: 81%), während nur 18% im Kurzkreditgeschäft Anlage fanden (1958: 19%). Umgekehrt war das Verhältnis bei den

restlichen Bankengruppen. Hier betrugen die kurzfristigen Kredite 65% und die längerfristigen 35% (1958: 67% zu 33%).

Tab. 3 Die längerfristigen Ausleihungen an die Wirtschaft

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber		in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber	
		vorhergehendem Quartalsende	Jahresende		vorhergehendem Quartalsende	Jahresende
Dez. 1958	1 864	+ 3,3	+ 18,2	54 316	+ 4,5	+ 16,4
März 1959	1 927	+ 3,4	+ 3,4	55 850	+ 2,8	+ 2,8
Juni 1959	2 018	+ 4,7	+ 8,2	58 387	+ 4,5	+ 7,5
Sept. 1959	2 132	+ 5,7	+ 14,4	61 909	+ 6,0	+ 14,0
Dez. 1959	2 232	+ 4,7	+ 19,7	65 176	+ 5,3	+ 20,0

1) einschl. Berlin (West) ohne Saarland

Am Jahresende stellten sich in Schleswig-Holstein die längerfristigen Ausleihungen mit einer Steigerung um 20% auf 2,2 Mrd. DM (1958: 1,9 Mrd. DM). In dieser Summe sind erstmalig größere Posten enthalten, die ausländischen Reedereien als Kredite zur Finanzierung der an heimische Werften vergebenen Schiffsneubauten zugeflossen sind. Die im abgelaufenen Berichtsjahr geplanten Investitionen stießen bei ihrer Verwirklichung auf keinerlei Schwierigkeiten. Der hohe Spareinlagenüberschuß und das reichliche Kapitalangebot, das bis in den Herbst hinein durch die Zinspolitik der Deutschen Bundesbank unterstützt worden war, ermöglichten eine weitere finanzielle Festigung der Wirtschaft.

Nicht näher untersucht wurden die längerfristigen Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und an Kreditinstitute. Die öffentliche Hand hatte bis Ende 1959 368 Mill. DM beansprucht (1958: 302 Mill. DM), während Kreditinstituten 236 Mill. DM zur Verfügung standen (1958: 201 Mill. DM), von denen die Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften über ihre Spitzeninstitute zusammen 206 Mill. DM erhalten hatten (1958: 181 Mill. DM).

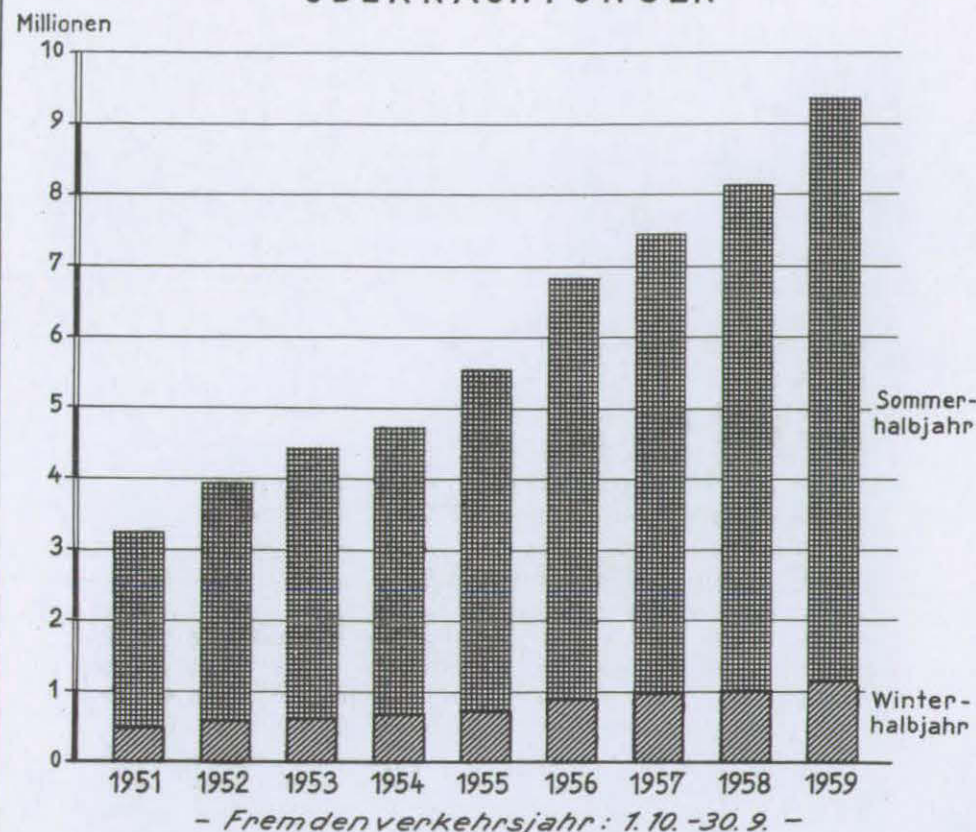
Im Bund erhöhten sich die längerfristigen Ausleihungen ebenfalls um 20%.

Die Verteilung der Kredite auf die Wirtschaftszweige

Ein annähernd zutreffendes Bild über die in Schleswig-Holstein herausgelegten Bankkredite und ihre Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige am Ende des Jahres 1959 läßt sich durch die Ergänzung der aus der monatlichen Bilanzstatistik und der vierteljährlichen Kreditnehmerstatistik ermittelten Zahlen durch die Daten der nicht berichtspflichtigen kleineren Institute gewinnen. Es handelt sich in erster Linie

DER FREMDENVERKEHR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

ÜBERNACHTUNGEN



In der Zeit von 1951 bis 1959 hat sich der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein ständig erweitert. Die Zahl der Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren hat sich währenddessen nahezu verdreifacht. Der schleswig-holsteinische Fremdenverkehr war schon immer sehr stark auf die Sommersaison konzentriert. Im Laufe der letzten Jahre hat sich dieses Übergewicht noch vergrößert, so daß im Sommerhalbjahr 1959 siebenmal mehr Fremdenübernachtungen gezählt wurden als im vorausgegangenen Winterhalbjahr.

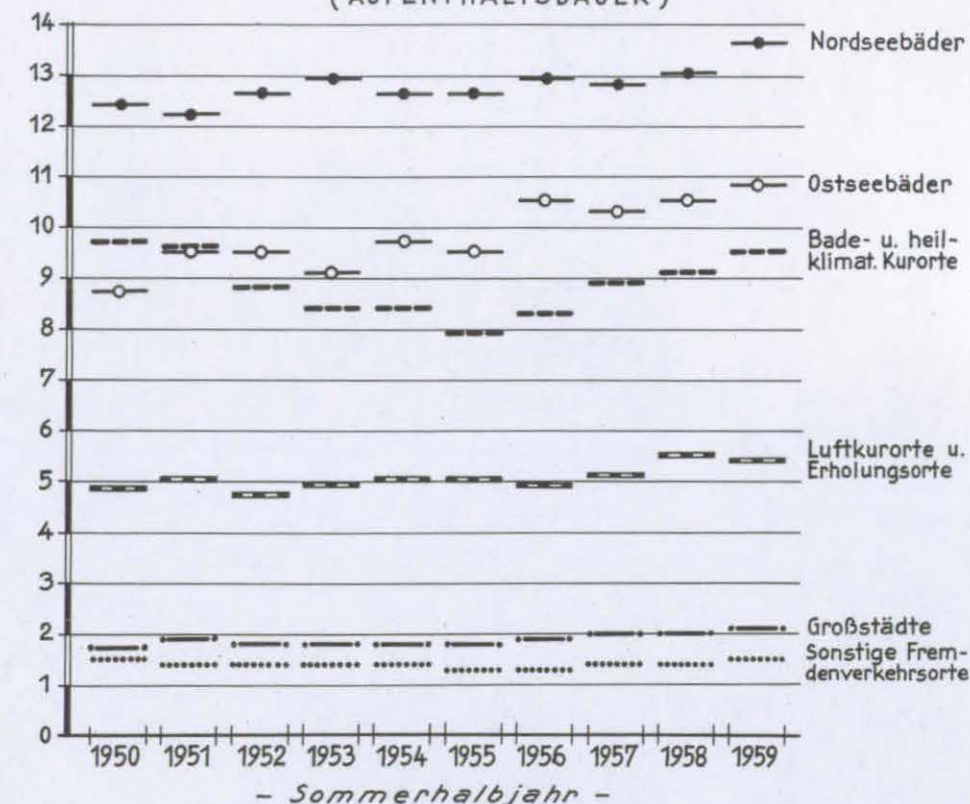
Die längsten Aufenthalte werden in den Seebädern genommen, die kürzesten in den übrigen Fremdenverkehrsorten und den Großstädten, wohin vor allem Geschäftsreisen unternommen werden. In den 10 Jahren seit 1950 hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Sommergäste an der Nordsee um 1,2 Tage und an der Ostsee um 2,1 Tage erhöht. Auch in den Luftkur- und Erholungsorten sowie in den Großstädten bleiben die Gäste jetzt im Mittel länger als früher. Demnach hat sich der Fremdenverkehr nicht nur dadurch ausgedehnt, daß immer mehr Personen verreisen, sondern auch dadurch, daß die Reisenden heutzutage länger unterwegs sind.

Die Kapazitätsausnutzung der Beherbergungsstätten ist in den einzelnen Gemeindegruppen recht unterschiedlich. Am besten sind die Großstädte dran, da sie im ganzen Jahr relativ gleichmäßig besucht werden.

Drei Viertel aller Übernachtungen im Fremdenverkehrsjahr 1958/59 fanden in Seebädern statt. Die beliebtesten Urlaubsziele sind die Nordseeinseln und die Badeorte an der Lübecker Bucht.

Die meisten Auslandsgäste kommen aus den nordischen Nachbarländern. Die dänischen Feriengäste bevorzugen die Nordseebäder, die schwedischen die Ostseebäder.

ÜBERNACHTUNGEN JE FREMDEN (AUFENTHALTSDAUER)



ÜBERNACHTUNGEN JE BETT (Kapazitätsausnutzung)

GASTSTATTENGEWERBE



Großstädte



Heilbäder



Luftkurorte und Erholungsorte



Nordseebäder



Ostseebäder



Sonstige Berichtsgemeinden

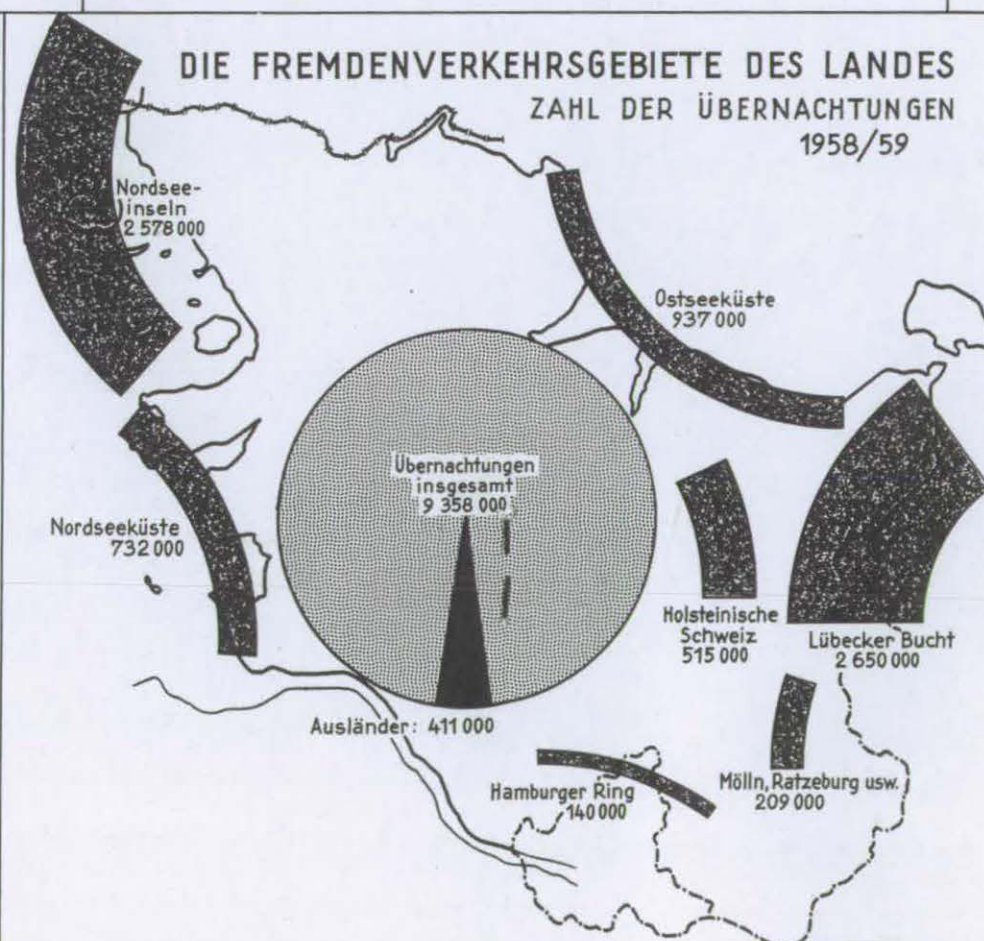
Erklärung:



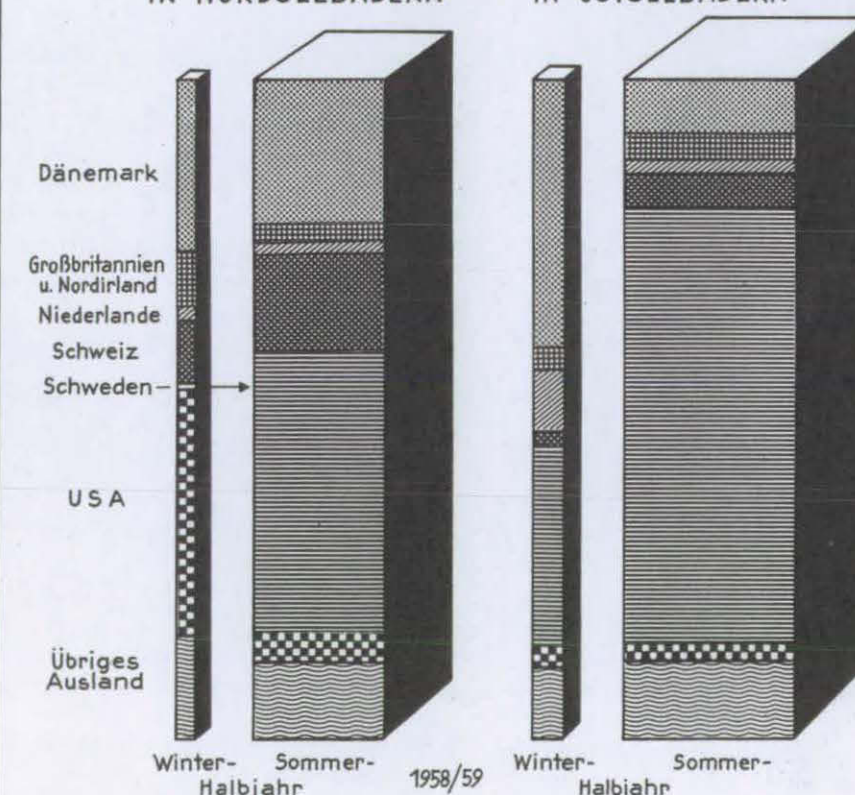
KINDERHEIME



DIE FREMDENVERKEHRSGEBIETE DES LANDES ZAHL DER ÜBERNACHTUNGEN 1958/59



ÜBERNACHTUNGEN DER AUSLÄNDER IN NORDSEEBÄDERN IN OSTSEEBÄDERN



Tab. 4 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den gesamten Bankkrediten¹

Wirtschaftszweig	Gesamtausleihungen					
	Ende 1958		Ende Juni 1959		Ende 1959	
	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %
Wohnungsbau	386	13,4	409	13,0	476	14,1
Industrie, Gewerbe, Handwerk	1 045	36,4	1 101	35,0	1 213	35,9
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	880	30,6	1 003	31,9	994	29,4
Handel	333	11,6	359	11,4	381	11,3
Sonstige Wirtschaftszweige ²	230 ^a	8,0	276 ^a	8,7	312 ^a	9,3
Insgesamt	2 874	100	3 148	100	3 376	100

1) ergänzt durch die Zahlen der nicht zur "Monatlichen Bilanzstatistik" berichtenden Institute - ohne umgestellte Altkredite - 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite a) darin enthalten Teilzahlungskredite: Ende 1958: 73 Mill. DM; Ende Juni 1959: 84 Mill. DM; Ende 1959: 84 Mill. DM

um Kredite an die Landwirtschaft und ihr nahe- stehende Branchen.

Auch 1959 blieb die Gruppe Industrie, Gewerbe, Handwerk mit einem Gesamtengagement von mehr als 1,2 Mrd. DM an der Spitze aller Kreditnehmergruppen; sie konnte ihren Anteil am Kreditvolumen jedoch nicht ganz behaupten, obwohl in der zweiten Jahreshälfte im Gegensatz zu den Landwirtschaftskrediten ein kräftiger Zuwachs um mehr als 100 Mill. DM eingetreten war.

Die Kredite an die Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, die an zweiter Stelle lagen, erhöhten sich auf 994 Mill. DM. Der Rückgang gegenüber dem 30. Juni erklärt sich aus dem Rhythmus in der Entwicklung der kurzfristig beanspruchten Betriebsmittel, die diesem Wirtschaftszweig als Kredite zugeflossen waren und von denen ein erheblicher Teil nach Abschluß des Gräsungsgeschäftes und der Ernte zurückgezahlt wurde.

Eine überdurchschnittliche Kreditausweitung zeigte sich beim Wohnungsbau (+ 23%) und bei den sonstigen Wirtschaftszweigen (+ 36%).

Tab. 5 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den kurzfristigen Bankkrediten¹

Wirtschaftszweig	Kurzfristige Kredite					
	Ende 1958		Ende Juni 1959		Ende 1959	
	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %
Wohnungsbau	51	5,1	44	4,0	47	4,2
Industrie, Gewerbe, Handwerk	285	28,6	280	25,2	312	28,0
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	350	35,1	438	39,4	393	35,2
Handel	255	25,6	273	24,6	289	25,9
Sonstige Wirtschaftszweige ²	56 ^a	5,6	77 ^a	6,8	75 ^a	6,7
Insgesamt	997	100	1 112	100	1 116	100

1) ergänzt durch die Zahlen der nicht zur "Monatlichen Bilanzstatistik" berichtenden Institute - ohne umgestellte Altkredite - 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite a) darin enthalten Teilzahlungskredite: Ende 1958: 29 Mill. DM; Ende Juni 1959: 33 Mill. DM; Ende 1959: 28 Mill. DM

Die kurzfristigen Kredite dehnten sich um 119 Mill. DM (12%) aus; im Vorjahr hatten sie sich um ein Zehntel erhöht. Außer dem Wohnungsbau, dessen Kreditbedarf sowieso langfristigen Charakter trägt - bei seinen Kurzkrediten handelt es sich vornehmlich um Vorfinanzierungen - haben alle Kreditnehmergruppen ihren Bedarf entsprechend dem Wirtschaftswachstum aufgestockt.

Tab. 6 Die Anteile der Wirtschaftszweige an den längerfristigen Ausleihungen¹

Wirtschaftszweig	Längerfristige Ausleihungen					
	Ende 1958		Ende Juni 1959		Ende 1959	
	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %	in Mill. DM	in %
Wohnungsbau	335	17,8	364	17,9	429	19,0
Industrie, Gewerbe, Handwerk	760	40,5	821	40,3	901	39,9
Land-, Forst-, Wasserwirtschaft	530	28,2	565	27,8	601	26,6
Handel	78	4,2	86	4,2	92	4,0
Sonstige Wirtschaftszweige ²	174 ^a	9,3	200 ^a	9,8	237 ^a	10,5
Insgesamt	1 877	100	2 036	100	2 260	100

1) ergänzt durch die Zahlen der nicht zur "Monatlichen Bilanzstatistik" berichtenden Institute - ohne umgestellte Altkredite - 2) Fremdenverkehr, Verkehrsunternehmen, Straßen-, Hafen- und Brückenbau sowie nicht aufgliederbare Zweige einschl. Teilzahlungskredite a) darin enthalten Teilzahlungskredite: Ende 1958: 44 Mill. DM; Ende Juni 1959: 51 Mill. DM; Ende 1959: 56 Mill. DM

Abgesehen vom Wohnungsbau, dessen längerfristige Kreditinanspruchnahme um 94 Mill. DM zunahm (1958: + 33 Mill. DM), und den sonstigen Wirtschaftszweigen, deren Verschuldung um 63 Mill. DM größer war als Ende 1958, gingen bei allen anderen Gruppen trotz einer betragsmäßigen Steigerung die Anteile am Gesamtvolumen zurück. In diesem Zusammenhang ist die Gliederung der in der Summe der gesamten längerfristigen Ausleihungen enthaltenen, durch Grundpfandrechte gesicherten Objektkredite (ohne Großbanken) interessant. Auch können daraus gewisse Rückschlüsse auf deren Bedeutung für die Wirtschaft des Landes gezogen werden.

Von den Grundkrediten, deren Höhe sich Ende 1959 auf 1,1 Mrd. DM stellte, entfielen auf Schiffshypotheken 397 Mill. DM, auf Wohnungsbauten 393 Mill. DM und auf sonstige Hypotheken 193 Mill. DM. Der Rest war für landwirtschaftliche Grundstücke ausgeschüttet worden. Aus den Veränderungen gegenüber Ende 1958 ergibt sich ganz eindeutig, daß auch in Schleswig-Holstein die Investitionstätigkeit der Hauptträger der Konjunktur war und daß außerdem die wesentlichste Stütze der industriellen Entwicklung in der Werftindustrie zu sehen ist. Die Schiffshypotheken, mit deren Hilfe die Neubauten finanziert wurden, nahmen um 83 Mill. DM zu, für Wohnungsbauten war der Betrag um 80 Mill. DM höher als Ende 1958 und in den sonstigen Hypotheken, deren Steigerung 74 Mill.

DM ausmachte, waren große Posten für Hypothekendarlehen an die Industrie (ohne Schiffbau) enthalten.

II. Die Finanzierung der Kredite

Die günstige konjunkturelle Entwicklung im Jahr 1959 hat sich auch in der Zunahme des Eigenkapitals der schleswig-holsteinischen Kreditinstitute, in der Zusammensetzung der Aktiven und in den gestiegenen Einlagezuflüssen niedergeschlagen.

Das haftende Eigenkapital der berichtenden Institute (ohne Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften) erhöhte sich um 23 Mill. DM auf 175 Mill. DM (1958: + 14 Mill. DM). Im Durchschnitt der letzten drei Jahre erreichte der jährliche Eigenkapitalzuwachs einen Betrag von mehr als 22 Mill. DM, ein Ergebnis, das für die Kreditwirtschaft des Landes recht zufriedenstellend war.

Der Prozeß der Bankenverflüssigung und der Liquiditätserhöhung der Wirtschaft setzte sich auch im Berichtsjahr fort und wirkte sich auf die Entwicklung der Einlagen und deren Zusammensetzung aus.

Die gesamten Guthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten (Sicht-, Termin- und Spareinlagen) nahmen um 298 Mill. DM (16%) auf 2,1 Mrd. DM zu (Bund: + 17%); die Steigerung lag damit um 96 Mill. DM über dem Ergebnis des Vorjahres.

Tab. 7 Die Gesamteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten

Stand am Ende des Jahres	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹	
	in Mill. DM	jährliche Zuwachsrates in %	in % des Bundesgebietes	in Mill. DM	jährliche Zuwachsrates in %
1956	1 272	+ 20,7	2,7	46 488	+ 14,3
1957	1 625	+ 27,8	2,9	56 032	+ 20,5
1958	1 827	+ 12,4	2,8	66 060	+ 17,9
1959	2 125	+ 16,3	2,7	77 404	+ 17,2

1) einschl. Berlin (West), ohne Saarland

Die Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaft, die 1958 in nur bescheidenem Umfang um 17 Mill. DM (2%) gewachsen waren, stiegen um 86 Mill. DM (10%) auf 922 Mill. DM.

Die täglich fälligen Gelder erhöhten sich bis in den Sommer hinein von Monat zu Monat relativ gleichmäßig, schnellten im August um mehr als 40 Mill. DM in die Höhe und sanken dann unter Schwankungen bis Ende des Jahres auf rund 667 Mill. DM (Ende 1958: 614 Mill. DM).

Bei den Termineinlagen, die sich 1958 um 82 Mill. DM vermindert hatten, waren die Veränderungen sehr viel lebhafter; sie dürften haupt-

sächlich auf die Dispositionen der Werftindustrie über Beträge, die ihr als Vorauszahlungen zugeflossen waren, zurückzuführen sein. Der Bestand dieser Einlagenkategorie stellte sich Ende 1959 mit einem Zuwachs um 33 Mill. DM auf rund 256 Mill. DM (Ende 1958: 222 Mill. DM). Hierin waren 101 Mill. DM (40%) der Termineinlagen enthalten, die eine Laufzeit von 12 Monaten und mehr hatten und die den Kreditinstituten etwa bis Ende 1960 für ihr Geschäft zur Verfügung stehen werden (Ende 1958: 73 Mill. DM = 33%).

Tab. 8 Die Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaft und Privaten

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem		in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem	
		Quartalsende	Jahresende		Quartalsende	Jahresende
Dez. 1958	837	+ 1,0	+ 2,2	32 071	+ 5,8	+ 13,1
März 1959	876	+ 4,7	+ 4,7	31 662	+ 1,3	+ 1,3
Juni 1959	893	+ 2,0	+ 6,7	33 107	+ 4,6	+ 3,2
Sept. 1959	948	+ 6,1	+ 13,3	34 158	+ 3,2	+ 6,5
Dez. 1959	922	+ 2,7	+ 10,3	36 028	+ 5,5	+ 12,3

1) einschl. Berlin (West), ohne Saarland

Die Zuwachsrates der Sicht- und Termineinlagen im Bund stellte sich mit knapp 4 Mrd. DM auf 12% und lag mit diesem Ergebnis um 2 Punkte über dem Schleswig-Holsteins.

Der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen auf privaten Sparkonten hielt sich auch 1959 auf unverändert hohem Niveau. Der von den berichtenden Instituten ausgewiesene Betrag erreichte bei einer Jahressteigerung um 212 Mill. DM (21%) 1 202 Mill. DM (1958: + 184 Mill. DM = 23%). Wird bei der Entwicklung auch noch die Spareinlagenbildung der öffentlichen Hand berücksichtigt, erhöht sich die Zunahme auf 241 Mill. DM (23%). Die Verlangsamung im Anstieg des Masseneinkommens und der in etwa dem gleichen Umfang gestiegene private Verbrauch, der sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte als Folge der Dürre in Preiserhöhungen für Ernährungsgüter auswirkte, führte

Tab. 9 Die privaten Spareinlagen

Stand am Monatsende	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem		in Mill. DM	Veränderung in % gegenüber vorhergehendem	
		Quartalsende	Jahresende		Quartalsende	Jahresende
Dez. 1958	990	+ 5,1	+ 22,8	33 989	+ 5,8	+ 22,8
März 1959	1 053	+ 6,4	+ 6,4	36 064	+ 6,1	+ 6,1
Juni 1959	1 088	+ 3,3	+ 9,9	37 460	+ 3,9	+ 10,2
Sept. 1959	1 136	+ 4,4	+ 14,7	38 997	+ 4,1	+ 14,7
Dez. 1959	1 202	+ 5,8	+ 21,4	41 376	+ 6,1	+ 21,7

1) einschl. Berlin (West), ohne Saarland

nach den vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank zu keiner wesentlichen Veränderung der Sparquote (8,5%¹).

Im Rahmen der gesamten Spareinlagenzunahme spielten die steuerbegünstigten Spareinlagen im vergangenen Jahre keine Rolle mehr. Infolge des Auslaufens von Verträgen und der nur noch relativ geringen Zugänge hat sich ihr Bestand auf 131 Mill. DM verringert. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das steuerbegünstigte Sparen im vergangenen Jahr durch das "prämienbegünstigte" Sparen praktisch abgelöst wurde. Aus den erstmals für Ende Dezember 1959 erstatteten Meldungen der Kreditinstitute ergab sich, daß seit dem Inkrafttreten des "Spar-Prämiengesetzes" am 10. Mai 1959 Mittel im Betrag von 18 Mill. DM auf "prämienbegünstigten" Sparkonten eingezahlt wurden.

Um das Bild zu vervollständigen, sei vermerkt, daß 1959 die Guthaben - einschließlich Spareinlagen - öffentlich-rechtlicher Körperschaften um 94 Mill. DM und die Bank-bei-Bank-Einlagen um 41 Mill. DM zugenommen haben (1958: Erhöhung bei beiden Einlegergruppen zusammen 61 Mill. DM).

Der anhaltend hohe Zufluß von kurz- und längerfristigen Mitteln, die einmal aus der Einlagenbildung im Lande stammten, zum anderen aus Kapitalmarktmitteln zentraler Kreditinstitute und der Emissionsbanken zur Verfügung gestellt werden konnten, gestattete es, die kurzfristigen Verbindlichkeiten, die 1958 um ein geringes gewachsen waren, um 46 Mill. DM auf 105 Mill. DM abzubauen.

Tab. 10 Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute

Stand am Ende des Jahres	Ins- gesamt	davon			Refinan- zierung bei der Deutschen Bundesbank
		Auf- genom- mene Gelder	Eigene Akzepte und eigene Ziehungen im Umlauf	sonstige Indossa- ments- verbind- lichkeiten	
in Mill. DM					
1956	260	122	32	106	101
1957	143	82	11	50	41
1958	151	88	4	59	29
1959	105	65	4	36	18

Die aufgenommenen Gelder verminderten sich um 23 Mill. DM auf 65 Mill. DM und die sonstigen Indossamentsverbindlichkeiten von 59 Mill. DM auf 36 Mill. DM; der Umlauf eigener Akzepte und eigener Ziehungen blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Ein relativ zuverlässiges Barometer über die Lage am Geldmarkt ist das Verhältnis der von den Banken aufgenommenen Fremdmittel (105

1) vergleiche auch: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Februar 1960, S. 17

Mill. DM) zu den gesamten Kurzkrediten, die Ende 1959 rund 1,1 Mrd. DM betragen hatten (1 032 Mill. DM für Wirtschaftsunternehmen und Private, 7 Mill. DM für die öffentliche Hand und 69 Mill. DM Bank-an-Bank-Kredite); die Refinanzierungsquote verbesserte sich auf 9,5% gegen 15% Ende 1958.

Die aufgezeigte Entwicklung führte darüber hinaus zu einem weiteren Rückgang des Obligos der Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bundesbank.

Die Liquiditätsreserven der Institute in unserem Land (ohne Niederlassungen der Großbanken) nahmen um 171 Mill. DM auf 932 Mill. DM zu (1958: + 134 Mill. DM).

Tab. 11 Die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in Schleswig-Holstein (ohne Großbankfilialen)

Stand am Ende des Jahres	Ins- gesamt	davon				außer- dem: Nostro- gut- haben
		Bar- re- serve ¹	Wech- sel- be- stände	Wert- papiere ²	Schatz- wech- sel ³	
	in Mill. DM					
1956	488	158	227	103	-	161
1957	627	235	229	144	19	305
1958	761	215	253	256	37	296
1959	932	251	294	356	31	322

1) Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben 2) inländische und ausländische Emissionen einschließlich Kassenobligationen 3) Schatzwechsel inländischer und ausländischer öffentlicher Stellen

Am stärksten erhöhten sich die Bestände an Wertpapieren (+ 100 Mill. DM), gefolgt von dem Wechselportefeuille (+ 41 Mill. DM). Auch die Barreserve ist, selbst wenn man die Rücksichtnahme der Kreditinstitute auf das Aussehen der Jahresbilanzen (window-dressing) außer Betracht läßt, kräftig gestiegen. Die in ihr enthaltenen Bundesbankguthaben, die am Schluß des Jahres 1958 184 Mill. DM betragen hatten, stellten sich - wohl in Auswirkung der Mindestreserveerhöhung ab 1. November 1959 - auf 217 Mill. DM. Die von Banken zur Geldanlage erworbenen Schatzwechselbestände verminderten sich infolge Verfalls auf 31 Mill. DM.

Außer den erwähnten liquiden Mitteln verfügte der Bankenapparat über Guthaben bei anderen Kreditinstituten (Nostroguthaben) im Betrage von 322 Mill. DM (Ende 1958; 296 Mill. DM).

Für die Finanzierung des längerfristigen Kreditgeschäftes standen neben den Einlagenzuflüssen noch rund 2,2 Mrd. DM zur Verfügung, das sind 18% mehr als Ende 1958. Der Verkauf von Schuldverschreibungen der 4 Emissionsinstitute erbrachte einen Zuwachs des Umlaufs um 43% auf 557 Mill. DM (1958: +30%). Die Aufnahme langfristiger Darlehen bei zentralen Kreditinstituten und öffentlichen Stellen, die 1958

um insgesamt 112 Mill. DM zugenommen hatte, ist um 152 Mill. DM ausgedehnt worden (davon: Kreditanstalt für Wiederaufbau + 10 Mill. DM, andere Zentralinstitute + 94 Mill. DM, öffent-

liche Stellen + 48 Mill. DM). Von privaten Versicherungsgesellschaften stammten 10 Mill. DM.

Somit standen den mittel- und langfristigen Ausleihungen, von denen auf die Wirtschaft 2 232 Mill. DM, auf öffentlich-rechtliche Körperschaften 368 Mill. DM und auf langfristige Bankan-Bank-Kredite 236 Mill. DM entfielen, insgesamt 2 152 Mill. DM für deren Deckung beschaffte fremde Mittel gegenüber. Die Entwicklung der letzten Jahre auf dem längerfristigen Sektor zeigt, daß der Anteil der aus dem Eigengeschäft stammenden Mittel der heimischen Kreditinstitute am Volumen langsam wächst. Während sich von Ende 1957 bis Ende 1958 das Verhältnis der aufgenommenen Fremdmittel zu den eigenen Mitteln und dem Zuwachs aus dem Einlagengeschäft von 80 : 20 auf 77 : 23 verschob, verbesserte es sich bis Ende 1959 abermals, und zwar auf 76 : 24.

Vergleiche auch: "Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 199 (August)

Tab. 12 Langfristige Mittel
(mit durchlaufenden Krediten)

Stand am Ende des Jahres	Ins- gesamt	davon				
		Schuld- ver- schrei- bungsumlauf ¹	Dar- lehen der Kredit- anstalt für Wieder- aufbau	Dar- lehen anderer Kredit- institute	Dar- lehen öffent- licher Stellen	Dar- lehen von Wirt- schaft und Privaten
in Mill. DM						
1956	1 311	245	148	483	373	62
1957	1 595	301	146	628	398	122
1958	1 823	390	158	687	439	149
1959	2 152	557	168	781	487	159

1) ohne eigene Schuldverschreibungen im Bestand

Kurzberichte

Die Ausländer in Schleswig-Holstein

- Stand: 31.12.1959 -

In Schleswig-Holstein waren am Ende des Jahres 1959 rund 13 000 Ausländer polizeilich gemeldet. Am stärksten sind nach den Staatenlosen die Dänen mit 1 870 Personen und die Polen mit 1 780 Personen vertreten. Aus den ehemaligen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen kommen 1 270 Ausländer.

Unter den Ausländern befanden sich 3 400 heimatlose Ausländer. Von ihnen lebten mehr als vier Zehntel in den sieben Ausländerlagern des Landes. Allein drei dieser Lager befinden sich in Lübeck, in denen zusammen 860 heimatlose Ausländer untergebracht sind. Weitere 240 heimatlose Ausländer leben in der ehemaligen Wrangelkaserne in Rendsburg, und im Lager "Am Wieksberg" in Neustadt (Holstein) sind es 160. Die übrigen 170 Lagerbewohner verteilen sich auf das Lager Spakenberg in Geesthacht und die ehemalige Rettbergkaserne in Eutin.

Am Jahresende 1959 kamen in Schleswig-Holstein auf je Tausend Einwohner 6 Ausländer. Dieser Anteil ist in den Kreisen des Landes jedoch recht unterschiedlich und schwankt zwischen 11 und 2 je Tausend. Die Stadt Flensburg, in der mehr als ein Drittel der 1 870 Dänen in Schleswig-Holstein leben, hat mit 11 ‰ den höchsten Ausländeranteil. Es folgen Lübeck und

Die Ausländer in Schleswig-Holstein

- Stand: 31. 12. 1959 -

Staatsangehörigkeit	Ausländer insgesamt		darunter heimatlose Ausländer
	Anzahl	in %	
Belgien	93	0,7	-
Dänemark	1 868	14,4	-
Estland	120	0,9	97
Finnland	77	0,6	1
Frankreich	181	1,4	-
Griechenland	120	0,9	-
Großbritannien	401	3,1	-
Iran (Persien)	128	1,0	-
Italien	452	3,5	-
Jugoslawien	455	3,5	264
Lettland	993	7,7	905
Litauen	156	1,2	123
Niederlande	680	5,2	-
Norwegen	340	2,6	-
Österreich	795	6,1	-
Polen	1 782	13,7	1 533
Schweden	190	1,5	-
Schweiz	496	3,8	-
Tschechoslowakei	46	0,4	27
UdSSR	93	0,7	64
Ungarn	229	1,8	53
USA	309	2,4	-
Übrige	652	5,0	25
Ungeklärt	86	0,7	11
Staatenlose	2 230	17,2	336
Insgesamt	12 972	100	3 439

der Kreis Oldenburg mit je 9 Ausländern auf 1 000 Einwohner. Demgegenüber hat der Kreis Plön mit 2 ‰ den geringsten Ausländeranteil. Sehr niedrig ist weiterhin der Anteil der

Ausländer an der Bevölkerung in den Kreisen Eiderstedt, Husum, Segeberg und Süderdithmarschen.

St.

Vergleiche auch: "Die Ausländer in Schleswig-Holstein - Stand: 31.12. 1958 -" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 80 (März)

Die veranlagten Einkommen 1957

Nach vorläufigen Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik wurden im Jahre 1957 in Schleswig-Holstein 130 600 Personen¹ zur Einkommensteuer veranlagt. Ihr Einkommen war mit 1,24 Mrd. DM um reichlich 400 Mill. DM oder 48% höher als 1954. Das durchschnittliche Einkommen belief sich - bei einer gegenüber 1954 um 8 200 geringeren Zahl von Steuerpflichtigen - auf 9 500 DM; es hat damit seit 1954 um etwa 3 500 DM (58%) zugenommen. Aus diesem durchschnittlichen Einkommen mußten 1 700 DM (18%) Einkommensteuer gezahlt werden; die entsprechenden Werte für 1954 ergaben 6 000 DM Durchschnittseinkommen und 1 000 DM (17%) Steuerbelastung. Die Steuerbelastung steigt mit der Einkommenshöhe, sie bewegt sich zwischen 0,7% und 7% in den Einkommensgruppen bis unter 8 000 DM, zwischen 11% und 26% bei Einkommen über 8 000 bis unter 50 000 DM. In den darüber liegenden Gruppen macht die Steuer ein Drittel bis zur Hälfte des Einkommens aus.

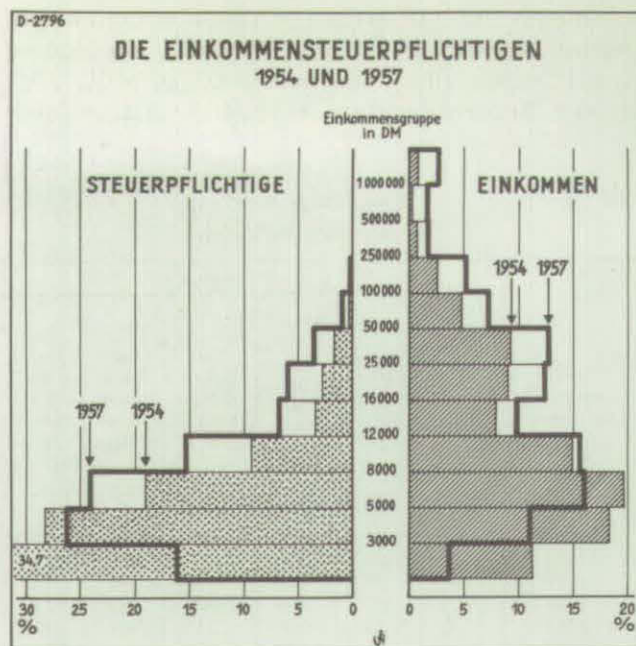
Tab. 1 Die Einkommensteuerpflichtigen 1954 und 1957

Einkommensgruppe in DM	Steuerpflichtige		Einkommen	
	1954	1957	1954	1957
	Anzahl		1 000 DM	
unter 3 000	48 190	21 107	95 044	44 636
3 000 b. u. 5 000	39 305	34 549	153 237	137 239
5 000 " 8 000	26 541	31 671	166 350	200 013
8 000 " 12 000	12 955	19 958	125 420	194 673
12 000 " 16 000	4 888	8 868	67 230	121 918
16 000 " 25 000	3 879	7 852	76 141	154 005
25 000 " 50 000	2 338	4 739	77 686	159 118
50 000 " 100 000	600	1 338	40 383	90 605
100 000 " 250 000	157	447	21 459	63 985
250 000 " 500 000	18	68	6 077	22 213
500 000 " 1 000 000	4	31	2 538	20 612
1 000 000 und mehr	4	15	6 616	33 184
Insgesamt	138 879	130 643	838 181	1 242 201

Die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die einzelnen Einkommensgruppen zeigt grundsätzlich dieselbe Veränderung, wie sie auch für die Arbeitnehmer² festzustellen war, nämlich eine durchgehende Verlagerung der Einkommensbezieher in höhere Einkommensgruppen.

1) unbeschränkt Steuerpflichtige mit Einkommen Veranlagte

2) vergleiche "Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 280 (November)



Während 1954 noch 63% der steuerpflichtigen Selbständigen weniger als 5 000 DM Jahreseinkommen hatten, waren es 1957 nur 43%. In der nächstfolgenden Einkommensschicht (5 000 bis unter 8 000 DM) befanden sich 1954 knapp ein Fünftel, 1957 waren es etwa ein Viertel der Steuerpflichtigen. Jeder 6. Steuerpflichtige hatte 1954 ein Einkommen von 8 000 DM und mehr; 1957 wurde dieses Einkommen bereits von jedem 3. Steuerpflichtigen erreicht. Am Gesamteinkommen waren diese Personen mit etwa sieben Zehnteln beteiligt (1954: 51%). Besonders kräftig war die relative Zunahme der Personen mit großen Einkommen (50 000 DM und mehr), deren Zahl sich mehr als verdoppelte. 1957 waren in Schleswig-Holstein 15 Steuerpflichtige vorhanden, deren Einkommen eine Million DM und mehr betrug (1954: 4 Personen).

Knapp die Hälfte (47%) der Steuerpflichtigen hatte Anspruch auf Kinderermäßigung. Auf sie entfiel etwas mehr als die Hälfte (53%) des Einkommens. Das Durchschnittseinkommen dieser Steuerpflichtigen nahm mit steigender Kinderzahl zu, und zwar von 9 100 DM bei Verheirateten mit einem Kind (Steuerklasse III/1), auf 13 100 DM bei Steuerpflichtigen, die Kinderer-

Tab. 2 Die Einkommensteuerpflichtigen 1957 nach Steuerklassen

Steuerklasse	Steuerpflichtige		Einkommen		Steuerschuld	
	in 1 000	%	Mill. DM	%	Mill. DM	in % des Einkommens
I	14,8	11,3	148	11,9	39,9	27,0
II	54,0	41,3	440	35,4	77,9	17,7
III/1	27,8	21,3	252	20,3	41,9	16,6
III/2	21,8	16,7	235	18,9	36,6	15,6
III/3	8,7	6,7	114	9,2	18,0	15,8
III/4 und mehr	3,6	2,7	54	4,3	8,1	15,1
Insgesamt	130,6	100	1 242	100	222,4	17,9

mäßigung für 3 Kinder geltend machten; mit 15 100 DM erreichten die Personen mit tariflichen Freibeträgen für 4 und mehr Kinder das höchste Durchschnittseinkommen.

Die Steuerbelastung der Verheirateten mit einem Kind betrug etwa 17%, sie ermäßigte sich auf 15% in der Steuerklasse III mit 4 und mehr Kindern.

Nach der Steuerklasse II wurden etwa zwei Fünftel der Selbständigen besteuert. Am gesamten Einkommen waren sie aber nur mit reichlich einem Drittel beteiligt. In dieser Steuerklasse wurde mit 8 200 DM das niedrigste Durchschnittseinkommen ermittelt. Die Steuerbelastung (18%) war etwas höher als in der Steuerklasse III.

Jeder neunte Steuerpflichtige gehörte zur Steuerklasse I. Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 10 000 DM mußten 2 700 DM Einkommensteuer gezahlt werden, das war die höchste durchschnittliche Belastung in allen Steuerklassen.

Da sich 1957 gegenüber 1954 das Veranlagungsverfahren für Ehepaare geändert hat, ist die Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und die Besetzung in den Einkommensgruppen und Steuerklassen etwas gestört. Infolge der neueingeführten getrennten Veranlagung und eingeschränkten Zusammenveranlagung von Ehepaaren hätte - unter sonst gleichen Bedingungen - die Zahl der Steuerpflichtigen 1957 größer als 1954 sein müssen. Die tatsächlich geringere Zahl von Veranlagten dürfte auf die erhöhten Steuerfreigrenzen zurückzuführen sein.

Sch.

Vergleiche auch: "Einkommen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 259 (Oktober)

Die versorgungsberechtigten Kriegsoffer in den Bundesländern

Ende 1959 gab es in der Bundesrepublik und Berlin (West) insgesamt 3,4 Mill. nach dem Bundesversorgungsgesetz anerkannte Kriegsoffer; zwei Fünftel davon waren Kriegsbeschädigte und drei Fünftel Kriegshinterbliebene. Fast die Hälfte aller versorgungsberechtigten Beschädigten sind schwerbeschädigt, die ihnen zuerkannte Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) liegt zwischen 50% und 100%. Die andere Hälfte ist minderbeschädigt, sie hat eine MdE von 30 oder 40%. Beschädigte mit einer geringeren MdE als 30% haben keinen Versorgungsanspruch nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Von den annähernd 2 Mill. Kriegshinterbliebenen sind 59% Witwen und Witwer, 27% Waisen und 14% Elternteile und -paare.

In den einzelnen Bundesländern ist die zahlenmäßige Bedeutung und die Zusammensetzung der Kriegsoffer unterschiedlich. Um die versorgungsberechtigten Personengruppen länderspezifisch vergleichen zu können, wurde ihre Anzahl in der Tabelle jeweils auf 1 000 Einwohner bezogen. Dabei zeigt sich, daß Berlin (West) relativ am meisten Kriegsoffer aufzuweisen hat. Danach folgen die Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Unter dem Bundesdurchschnitt liegen Hamburg und Nordrhein-Westfalen.

Obwohl Schleswig-Holstein eine recht hohe Kriegsofferquote hat, hat es von allen Ländern verhältnismäßig am wenigsten Kriegsbeschädigte. Auf 1 000 Einwohner kommen im Bundesgebiet 27, in Schleswig-Holstein indessen nur 22 anerkannte Beschädigte. Andererseits leben aber in Schleswig-Holstein nach Berlin (West) relativ am meisten Kriegshinterbliebene. Diese Verhältnisse dürften einmal darauf zurückzuführen sein, daß gegen Ende des zweiten Weltkrieges viele heimatvertriebene Kriegshinterbliebene ins Land strömten und zum anderen, daß im Zuge der Umsiedlung aus der Gesamt-

Die versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach dem Bundesversorgungsgesetz in den Bundesländern am 31. Dezember 1959

Land	Beschädigte	Witwen und Witwer	Halb- und Vollwaisen	Elternteile und -paare ¹	Versorgungsberechtigte insgesamt
Fälle in 1 000					
Schleswig-Holstein	50	61	32	16	159
Hamburg	45	38	18	6	107
Niedersachsen	174	162	76	44	456
Bremen	20	18	9	3	49
Nordrh.-Westfalen	361	288	139	47	835
Hessen	131	105	46	25	307
Rheinland-Pfalz	97	71	30	22	221
Baden-Württemberg	222	154	72	38	486
Bayern	289	197	82	59	628
Berlin (West)	54	77	29	9	168
Bundesgebiet ² und Berlin (West)	1 442	1 172	534	269	3 416
Fälle je 1 000 Einwohner					
Schleswig-Holstein	22	26	14	7	69
Hamburg	24	21	10	3	59
Niedersachsen	27	25	12	7	70
Bremen	29	26	13	4	71
Nordrh.-Westfalen	23	18	9	3	53
Hessen	28	22	10	5	65
Rheinland-Pfalz	29	21	9	7	65
Baden-Württemberg	29	20	9	5	64
Bayern	31	21	9	6	67
Berlin (West)	24	35	13	4	76
Bundesgebiet ² und Berlin (West)	27	22	10	5	63

1) Kopffzahl 2) ohne Saarland

heit der Kriegsoffer überwiegend die arbeitsfähigen Beschädigten das Land verließen. //e.

Vergleiche auch: "Die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 1952 - 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 45 (Februar)

Die Streiks in Schleswig-Holstein

Die Statistik registriert nur solche Streiks, an denen mindestens zehn Arbeitnehmer beteiligt waren oder durch die mehr als 100 Arbeitstage ausfielen.

In den zehn Jahren von 1950 bis 1959 gingen in Schleswig-Holstein 2,4 Mill. Arbeitstage durch Streiks verloren; im gesamten Bundesgebiet waren es annähernd zehn Millionen Arbeitstage. Der hohe Anteil Schleswig-Holsteins - knapp ein Viertel des gesamten Bundesgebietes - erklärt sich aus dem großen Metallarbeiterstreik 1956/57, der allein 2,3 Mill. Arbeitstage verschlang. Nach Schleswig-Holstein hatten die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen den größten Arbeitsausfall durch Streiks. Die Zahl der in den letzten zehn Jahren verlorenen Arbeitstage lag in diesen Ländern zwischen 1,8 und 1,5 Millionen.

Besonders streikfreudig waren die Arbeiter der Wirtschaftsabteilung "Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung", die in der Bundesrepublik 62% aller Ausfalltage der letzten zehn Jahre verursacht haben. Weitere 20% aller Arbeitsausfälle durch Streiks gingen im verarbeitenden Gewerbe verloren. Nach den Wirtschaftsgruppen "Stahlbau, Maschinenbau, Schiffbau sowie Straßen- und Luftfahrzeugbau" hatte das Textilgewerbe am meisten unter Streiks zu leiden. Dagegen war die Streiktätigkeit im Handel, Geld- und Versicherungswesen und in der Land-

Die Streiktätigkeit in Schleswig-Holstein von 1950 - 1959

Jahr	Bestreikte Betriebe	Streikende Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Durchschnittliche Streikdauer (Sp.3 : Sp.2)
	1	2	3	4
1950	14	2 905	18 976	6,5
1951	62	481	7 663	15,9
1952	.	20 184	44 582	2,2
1953	19	185	1 100	5,9
1954	40	501	1 057	2,1
1955	26	693	12 660	18,3
1956	22	795	15 338	19,3
1957	39	28 571	2 295 403	80,3
1958	101	6 538	9 477	1,4
1959	1	12	384	32,0

Forst- und Jagdwirtschaft und Fischerei von nur geringer Bedeutung¹.

Von den letzten zehn Jahren zeichnet sich das Jahr 1959 in Schleswig-Holstein und auch im gesamten Bundesgebiet durch die schwächste Streiktätigkeit aus. In Schleswig-Holstein wurde im Laufe des Jahres nur einmal gestreikt. Allerdings dauerte dieser Streik, an dem nur 12 Arbeitnehmer beteiligt waren, 32 Tage; er war damit der längste Streik nach dem großen Metallarbeiterstreik. Der durchschnittliche jährliche Ausfall für die Zeit von 1950 bis 1959 - ohne das aus dem Rahmen fallende Jahr 1957 - betrug rund 12 400 Arbeitstage. Im Vergleich dazu tritt der Arbeitsausfall des letzten Jahres völlig in den Hintergrund (vergleiche Tabelle).

Die durchschnittliche Länge der Streiks, dargestellt als ausgefallene Arbeitstage je beteiligten Arbeitnehmer, bewegte sich in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren zwischen 1,4 und 80,3 Tagen; im Bundesgebiet schwankte die Streikdauer zwischen 1,4 und 52,9 Tagen. //e.

Vergleiche auch: "Die Streiks im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 71 (März)

1) Vergleiche hierzu "Die Streiks im Jahre 1959", Wirtschaft und Statistik 1960, S. 164 (März)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 284	2 282	2 284	2 285	2 292
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	641	641	642	641	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	148	147	148	148	151
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 746	1 538	2 212	1 572	1 588	1 956
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,2	8,2	11,4	8,4	8,2	10,4
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 059	3 209	3 190	3 073	3 387	3 222
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,1	17,1	16,5	16,4	17,4	17,1
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 173	2 359	2 150	2 093	2 802	2 281
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,4	12,6	11,1	11,1	14,4	12,1
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	97	122	119	112	107	90
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,2	3,8	3,7	3,6	3,2	2,8
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 886	+ 850	+1 040	+ 980	+ 585	+ 941
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,7	+ 4,5	+ 5,4	+ 5,2	+ 3,0	+ 5,0
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 521	10 143	6 769	6 030	6 221
darunter										
Vertriebene		2 173	1 565	2 429	1 533	1 368	1 474
Zugewanderte		.	1 054	1 675	1 185	1 002	896
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 233	9 069	5 496	6 834	5 549
darunter										
Vertriebene		9 662	1 785	2 670	1 641	2 001	1 341
Zugewanderte		.	760	1 050	657	786	644
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 288	+1 074	+1 273	- 804	+ 672
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 220	- 241	- 108	- 633	+ 133
Zugewanderte		.	+ 294	+ 625	+ 528	+ 216	+ 252
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 958	19 086	10 600	9 118	8 989
Wanderungsfälle 6)										
Anzahl		31 221	22 712	38 298	22 865	21 982	20 759
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198 ^b	172	306	173	166	153
Umsiedler		6 329 ^b	551	441	575	777	437	403	389	...
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	298	244	330	538	202	139	234	...
Baden-Württemberg		2 602	37	40	37	42	32	11	25	...
Rheinland-Pfalz		2 928	8	3	12	-	5	-	8	...
Hessen		238	5	5	4	18	3	3	13	...
Hamburg		41	203	149	192	179	195	250	109	...
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	...
Arbeitslage ⁸⁾										
*Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	624 ⁺	748 ⁺	.	.	764	764	.	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	503 ⁺	.	.	515	513	.	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	38	35	28	23	24	21	16	14
je 100 Arbeitnehmer		25,2	4,8	4,5	3,7	2,9	3,1	2,6	2,0	.
und zwar										
*Männer	1000	146 ^c	24	19	15	12	14	11	8	7
Vertriebene	1000	119 ^c	10	.	.	7	7	.	.	.

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13.9.1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 196 ^d	.	.	1 262	.	.	.	p1 319
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	441 ^d	.	.	438	.	.	.	p 451
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 328 ^d	.	.	1 208	1 286	.	.	p1 250
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	135 ^d	.	.	137	138	.	.	p 147
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	86 ^d	.	.	90	87	.	.	p 96
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	16	11	9	11	15	14	15	...
*Kälber	1000 St	14	5	6	5	3	10	8	6	...
*Schweine	1000 St	45	79	74	68	69	97	81	91	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	13 ^f	7	2	1	18	7	3	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,7	8,9	8,4	8,7	10,9	10,1	11,5	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,4	2,4	2,0	2,3	3,3	3,0	3,2	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	6,1	5,9	6,0	7,0	6,6	7,8	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	222	219	217	221	219	214	...
*Kälber	kg	26	51	48	54	57	48	51	57	...
*Schweine	kg	98	89	90	89	88	89	89	88	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	140	173	198	179	176	184	203	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	13,6	15,0	14,0	12,9	13,9	14,8	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	88	88	91	91	88	89	91	...
INDUSTRIE ¹⁰										
*Beschäftigte	1000	109	162	160	161	163	164	167	168	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	133	131	133	134	135	137	138	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	23 878	24 498	22 617	23 828	25 251	24 108	24 711	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	55,0	53,8	53,2	55,0	57,8	60,9	61,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	17,5	16,7	16,8	17,2	18,4	18,9	19,0	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	60	56	57	55	58	64	68	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	10 167	10 583	11 011	10 153	10 955	10 993	12 064	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	41	39	41	45	45	44	45	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	76	75	71	73	84	78	84	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	20	20	18	19	21	18	21	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	504	508	455	585	552	474	539	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	70	58	39	114	93	55	94	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion	1950=100	115 ^g	236 ^h	233	242	239	250	254
einschl. Energie und Bau										
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	598	581	587	611	601	610	628	...
Industrie der Steine und Erden		111	223	246	249	265	216	r 254	281	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	107	95	110	117	111	139	173	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	117	115	123	124	129	114	142	...
Mineralölverarbeitung		117	892	847	987	901	867	938	1 097	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	840	802	890	795	929	1 041	1 068	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	97	101	105	101	101	104	113	...
papierherstellenden Industrie		102	272	275	283	279	278	268	308	...
Schiffbaues		126	323	332	335	365	322	332	347	...
Maschinenbaues		134	242	240	231	230	286	267	281	...
elektrotechnischen Industrie		144	505	505	503	475	513	r 534	579	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	655	681	619	603	629	756	636	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	192	170	186	194	208	197	224	...
lederherstellenden Industrie		97	113	120	125	105	95	89	86	...
Schuhindustrie		102	197	228	228	223	283	248	255	...
Textilindustrie		118	174	168	159	177	197	181	191	...
Bekleidungsindustrie		115	121	136	127	115	144	132	142	...
Fleischwarenindustrie		137	178	169	187	160	156	169	168	...
fischverarbeitenden Industrie		143	221	200	157	119	307	270	259	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	118	146	187	158	148	r 168	182	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	254	284	277	269	232	224	250	...
Bauproduktion		92	208	226	253	r 248	192	242

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Ø Winterhalbjahr 1959/60 = 24 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen; 1951 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen; vorläufige Ergebnisse

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960				
		Monats-Durchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG											
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	111	95	92	99	139	111	115
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	154	144	134	136	178	159	159
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	165	16	16	15	19	17	17
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Bauhauptgewerbe 17)											
*Beschäftigte		39 835	58 209	62 873	63 289	63 645	p59804	p62526
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 499	10 810	10 640	11 250	p 9 047	p10093
darunter											
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 537	5 363	5 169	5 453	p4 158	p4 590
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	24,9	26,5	27,5	29,0	p 24,4	p 28,2
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,6	1,5	1,6	1,7	p 1,7	p 1,7
*Umsatz	Mill. DM	24,3	79,5	74,1	76,0	85,1	p 63,1	p 74,7
Baugenehmigungen 18)											
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 060	1 259	1 344	1 474	773	967	1 322
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	521	504	537	562	291	292	380
Veranschlagte reine Baukosten											
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	71,1	73,5	94,1	77,2	55,2	69,7	105,2
darunter											
für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	52,0	62,2	64,9	63,0	37,3	51,5	71,2
*Umbauter Raum in allen Gebäuden											
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 184	1 236	1 464	1 287	893	1 086	1 565
darunter											
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	798	975	1 006	959	524	727	1 000
*Wohnungen 20)		2 306	2 382	2 883	3 028	2 854	1 512	2 270	2 998
darunter											
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 149	2 645	2 763	2 593	1 277	1 984	2 634
Baufertigstellungen											
Wohnungen 21)		1 478	2 107	730	955	1 125	1 233	1 016	1 158
Wohnräume 22)		4 926	8 309	2 847	3 675	4 681	4 963	4 106	4 633
HANDEL											
* Index der Einzelhandelsumsätze	1959=100	.	100	97	99	96	101	104	106
davon											
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	96	97	100	102	110	102
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	95	110	89	83	98	118
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	96	92	86	96	94	96
*Sonstige Waren		.	100	103	97	97	117	107	110
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	1 538	1 301	380	571	694	583	394
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 526	591	514	1 414	584	1 815	1 597
Handel mit Berlin [West]											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	11 742	9 971	13 211	11 487	12 036	9 267	11 753
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	34 061	37 781	31 719	27 191	30 605	26 389	32 168
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)	Mill. DM	7,2	76,3	75,8	66,6	90,1	110,8	56,0
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	6,7	7,0	5,7	5,3	10,5	6,8
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	69,6	68,8	60,9	84,9	100,3	49,1
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,5	2,4	2,7	2,8	3,0	2,4
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	5,8	4,9	8,1	5,9	6,8	4,4
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	61,3	61,5	50,1	76,2	90,5	42,3
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,9	2,6	2,8	3,1	3,3	2,5
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	58,3	58,9	47,3	73,1	87,2	39,8
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)											
Norwegen	Mill. DM	0,3	13,3	13,4	0,9	32,7	14,5	13,2
Dänemark	Mill. DM	0,8	7,8	5,2	15,0	4,9	7,7	5,2
Schweden	Mill. DM	0,6	7,2	3,4	2,9	1,9	18,5	4,0
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,4	5,0	3,3	5,3	4,5	4,0
Frankreich	Mill. DM	0,1	2,1	1,5	1,3	2,3	3,4	3,0
Italien	Mill. DM	0,2	2,0	2,1	2,7	1,8	2,6	2,7
Großbritannien	Mill. DM	0,1	7,0	3,5	8,3	3,1	20,1	2,6
Schweiz	Mill. DM	0,3	2,2	1,9	2,1	2,3	1,8	2,5
VERKEHR											
Seeschifffahrt 24)											
Güterempfang	1000 t	141	391	398	390	419	453	430
Güterversand	1000 t	86	109	84	92	113	120	107
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1000 t	.	118	120	116	115	132	129	145
*Güterversand	1000 t	.	217	261	214	231	243	232	281

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959/60 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1959/60 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe		Einheit	1950	1959	1959			1960			
			Monats-Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
noch: VERKEHR											
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe											
			3 939	6 120	5 521	6 212	6 514	5 377	5 761	6 895	...
	darunter										
	deutsche	%	64,0	65,9	66,0	64,6	64,1	67,8	67,1	65,7	...
	Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 011	2 647	3 029	3 099	2 989	3 029	3 567	...
	darunter										
	deutscher Anteil	%	23,3	30,4	28,0	31,3	31,6	25,7	27,1	28,5	...
	Güterverkehr	1000 t	2 492	4 165	3 435	3 961	4 193	3 828	4 056	4 899	...
	und zwar										
	auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	28,9	33,3	33,9	28,6	30,0	30,1	...
	Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 073	1 768	1 999	1 902	2 299	2 351	2 639	...
	Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 091	1 666	1 962	2 291	1 529	1 705	2 260	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
	darunter		1 244	3 581	4 964	3 941	3 886	5 494	4 695
	*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	179	376	337	282	248	322
	*Personenkraftwagen		398	2 457	3 380	2 659	2 574	3 968	3 397
	*Kombinationskraftwagen		.	179	242	210	204	218	235
	*Lastkraftwagen		247	295	357	325	338	363	342
Straßenverkehrsunfälle											
	Unfälle		826	2 750	2 403	2 882	3 084	2 041	2 698	p3 119	...
	davon										
	*mit Personenschaden		417	1 016	919	1 211	1 263	685	956	p1 229	...
	*nur mit Sachschaden		409	1 733	1 484	1 671	1 821	1 356	1 742	p1 890	...
	*Getötete Personen ²⁶⁾		17	42	27	48	46	32	52	p 55	...
	*Verletzte Personen		493	1 277	1 123	1 549	1 593	822	1 184	p1 544	...
Fremdenverkehr ²⁷⁾											
	*Freundenmeldungen	1000	44 ⁱ	124 ⁱ	73	116	187	72	90	106	...
	darunter										
	*Auslandsgäste	1000	2 ⁱ	16 ⁱ	9	14	23	6	16	15	...
	*Fremdenübernachtungen	1000	221 ⁱ	784 ⁱ	232	429	1 217	232	269	400	...
	darunter										
	*Auslandsgäste	1000	5 ⁱ	35 ⁱ	14	21	49	11	24	24	...
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾											
	*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^j	3 638 ^j	3 264	3 316	3 369	3 781	3 834
	davon										
	*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^j	1 038 ^j	989	992	1 026	1 111	1 124
	darunter										
	*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ^j	1 032 ^j	967	978	1 020	1 101	1 114
	*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^j	2 600 ^j	2 276	2 323	2 343	2 670	2 710
	darunter										
	*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^j	2 232 ^j	1 954	1 999	2 018	2 294	2 326
	*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ^j	2 458 ^j	2 245	2 281	2 258	2 562	p2 612
	davon										
	*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^j	1 163 ^j	1 104	1 127	1 091	1 205	1 236
	darunter										
	*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^j	922 ^j	901	907	893	952	997
	*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^j	1 294 ^j	1 141	1 155	1 168	1 357	p1 376
	darunter										
	*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^j	864 ^j	766	775	783	910	923	930	...
	*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	65	64	53	54	65
	*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	46	45	39	41	49
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			23	8	7	6	8	6	13	5	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			8	3	4	2	1	1	-	1	...
Wechselproteste											
	Anzahl		682	695	725	741	694	733
	Wert	1000 DM	517	467	474	590	526	458
STEUERN ²⁹⁾											
* Landessteuern											
	darunter	1000 DM	14 273	38 559	24 878	24 938	53 102	60 073	26 262	30 443	...
	*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 701	1 301	4 194	598	612	544	3 960	...
	*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 166	4 936	3 746	3 988	4 987	5 113	4 809	...
	*Biersteuer	1000 DM	248	492	340	467	445	359	389	488	...
* Bundessteuern											
	darunter	1000 DM	44 667	107 310	97 188	98 480	116 812	111 719	98 439	95 542	...
	*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	32 748	31 249	30 846	30 133	28 622	33 424	32 543	...
	*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 139	1 032	991	1 120	1 026	1 207	1 104	...
	*Zölle	1000 DM	1 381	8 277	7 696	7 668	8 927	8 052	p 244	6 845	...
	*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	48 928	48 013	50 930	51 731	46 341	44 969	44 937	...
	darunter										
	*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	36 792	36 032	38 590	38 148	33 964	30 846	34 489	...
	*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	206	623	451	196	44	122	49	...
außerdem: *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾											
		1000 DM	5 569	7 061	5 136	10 655	2 224	8 415	4 493	10 645	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab Oktober 1959 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben i) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr (April - September) Mts. - ϕ 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955: Angaben aus 165, ab April 1960 aus 163 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. - ϕ 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen j) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
noch: STEUERN ³²⁾										
Steuern vom Einkommen	1000 DM	11 560	45 752	24 499	21 701	70 584	78 954	27 065	28 756	...
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	15 916	11 415	13 207	14 547	5 860	13 073	14 612	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	21 988	9 788	5 898	37 877	46 725	11 314	10 381	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	558	1 153	948	638	570	802	417	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 289	2 143	1 648	17 522	25 798	1 876	3 346	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	66 772 ⁺	63 297 ^k	.	.	66 491 ^k
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 795 ⁺	6 896 ^k	.	.	7 087 ^k
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 959 ⁺	11 391 ^k	.	.	11 582 ^k
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	43 649 ⁺	40 904 ^k	.	.	43 370 ^k
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 369 ⁺	4 106 ^k	.	.	4 452 ^k
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335	6 244	5 683 ^k	.	.	6 279 ^k
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	97	97	98	96	99	r 99	p 100	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	131	131	131	132	133	p 133	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	124	125	125	125	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^m	130 ⁿ	133	133	134	137	p 139	p 135	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	122	.	121
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^m	128 ⁿ	132	132	131	132	132	p 132	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	112	111	111	111	113	113	113	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	121	119	119	120	122,8	122,8	122,9	...
darunter										
Ernährung	100	100	128	125	125	126	130,8	130,5	130,8	...
Wohnung	100	100	122	122	122	122	123,7	124,4	124,4	...
Heizung und Beleuchtung	100	100	144	143	143	143	146,9	145,9	145,9	...
Bekleidung	100	100	105	104	104	104	106,7	106,9	106,9	...
Hausrat	100	100	112	112	112	112	111,6	111,7	111,7	...
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	122,19	.	122,88
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	130,07	.	130,22
*weiblich	DM	37,09	72,36	.	72,08
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	257,4	.	255,3
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	272,6	.	269,7
*weiblich	Pf	80,8	164,1	.	162,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,5	.	48,1
*weiblich	Std.	45,9	44,1	.	44,3
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	44,1	.	41,6
*weiblich	Std.	.	41,1	.	37,8
Angestelltenverdienste ³⁵⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	620	.	612
*weiblich	DM	.	401	.	394
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	723	.	714
*weiblich	DM	.	415	.	403
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	572	.	559
*weiblich	DM	.	346	.	335
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	590	.	581
*weiblich	DM	.	.	.	301
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	587	.	575
*weiblich	DM	.	362	.	352
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	716	.	708
*weiblich	DM	.	411	.	399

+ = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinkommen. Die Preise im Saarland sind ab Januar 1960 in der Bundesdurchschnittsrechnung mit berücksichtigt 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1959 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen
k) 1. 1. - 31. 3. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

Art der Angabe	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT												
Wohnbevölkerung insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284
darunter												
Vertriebene 2) in % der Wohnbevölkerung			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2	28,1
Zugewanderte 2) in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3	6,5
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3
Beschäftigte Arbeitnehmer 3)	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770
darunter in den Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177
Arbeitslose insgesamt												
Anzahl	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen												
Anzahl	Mai	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306
je 1 000 Einwohner	Mai		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134
VOLKSEINKOMMEN												
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten 4)	JS	Mill. DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	p5743 ^a	...
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	p2531 ^a	...
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestand												
Pferde	3. 12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58
Rinder	3. 12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196
darunter												
Milchkühe	3. 12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441
Schweine	3. 12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 208	1 279	1 328
Schafe	3. 12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113
Hühner 5)	3. 12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 6)												
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725
Milcherzeugung												
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951
INDUSTRIE 7)												
Beschäftigte												
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164	162
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210
Umsatz 8)	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053
darunter												
Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840
Index der industriellen Produktion												
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	p 236
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN												
Baugenehmigungen												
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6
darunter												
in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8
Baufertigstellungen												
Wohnungen												
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	-8,0	10,1	9,7	8,1	11,0
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2
Wohnräume 9)												
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5
Bestand an												
Wohnungen	31. 12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	...
Wohnräumen 9)	31. 12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	...

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B
unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen"

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr
3) Arbeiter, Angestellte und Beamte

2) Definitionen siehe
4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen

Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

8) einschl. Verbrauchsteuern

sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

9) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

a) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 31. 3. 1960					Arbeitslose ³⁾ am 30. 9. 1959	Einnahmen aus Gemeinde- steuern im Rj. 1959 in 1 000 DM
	ins- ge- samt	darunter ¹⁾ Vertriebene		Veränderung der Wohnbevölkerung in % gegenüber Volkszählung			
		Anzahl	in %				
				1939 ²⁾	1950 ²⁾		
Flensburg	96 868	23 607	24	+ 37	- 6	1 269	13 809
Kiel	269 149	59 298	22	- 2	+ 5	3 266	50 169
Lübeck	231 500	75 347	33	+ 50	- 3	2 191	49 046
Neumünster	73 079	20 834	29	+ 35	- 1	696	11 601
Eckernförde	65 329	20 384	31	+ 55	- 23	595	4 815
Eiderstedt	18 976	3 560	19	+ 25	- 28	88	2 180
Eutin	88 922	31 036	35	+ 73	- 17	815	9 208
Flensburg-Land	63 508	14 163	22	+ 42	- 19	470	4 053
Hzgt. Lauenburg	129 887	45 574	35	+ 78	- 14	853 ^a	12 973
Husum	62 420	11 360	18	+ 31	- 20	392	5 605
Norderdithmarschen	57 584	14 460	25	+ 30	- 26	321	5 733
Oldenburg (Holstein)	77 854	22 952	29	+ 47	- 22	1 109	7 991
Pinneberg	210 223	65 681	31	+ 89	+ 5	682	26 215
Plön	107 953	29 744	28	+ 60	- 13	773	8 960
Rendsburg	155 990	43 098	28	+ 59	- 15	1 422	15 094
Schleswig	98 274	21 965	22	+ 27	- 23	641	8 610
Segeberg	92 366	28 546	31	+ 72	- 17	449	7 562
Steinburg	122 381	35 989	29	+ 42	- 22	396	15 466
Stormarn	139 379	46 223	33	+ 105	- 5	542	18 840
Süderdithmarschen	72 177	17 152	24	+ 34	- 27	215	7 859
Südtondern	58 058	10 826	19	+ 25	- 19	138	6 278
Schleswig-Holstein	2 291 877	641 799	28	+ 44	- 12	17 323	292 065

Kreisfreie Stadt Landkreis	Schlüssel- zuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rj. 1960 in 1 000 DM	Gesamt- aufwand der öffentlichen Fürsorge ⁴⁾ im Rj. 1958 in DM je Einwohner	Industrie ⁵⁾		Straßenverkehrsunfälle im 1. Vj. 1960		
			Beschäftigte am 31. 5. 1960	Umsatz ⁶⁾ in Mill. DM im Mai 1960	Un- fälle	Getö- tete ⁷⁾	Ver- letzte
Flensburg	1 984	36,47	7 552	19,1	390	3	112
Kiel	4 300	34,60	34 080	83,3	1 012	7	279
Lübeck	2 865	35,89	33 691	81,4	788	2	294
Neumünster	815	29,04	12 387	23,7	253	-	92
Eckernförde	2 691	37,67	1 608	3,5	210	4	74
Eiderstedt	628	31,58	349	1,9	30	1	18
Eutin	3 562	33,07	3 924	12,7	268	5	116
Flensburg-Land	3 622	24,52	885	2,1	185	9	96
Hzgt. Lauenburg	4 360	28,36	8 955	18,4	325	3	126
Husum	2 250	26,13	933	3,2	205	2	78
Norderdithmarschen	1 831	31,95	869	2,7	146	1	46
Oldenburg (Holstein)	2 414	26,90	1 047	6,2	167	4	62
Pinneberg	4 964	23,21	19 007	65,1	653	12	231
Plön	4 320	27,06	1 794	7,7	316	4	127
Rendsburg	4 768	26,99	9 539	18,5	451	10	159
Schleswig	3 591	29,14	3 744	27,7	279	3	98
Segeberg	3 232	23,75	4 545	13,7	312	6	143
Steinburg	2 529	30,37	9 225	34,6	371	6	127
Stormarn	3 681	23,43	7 631	80,4	361	5	134
Süderdithmarschen	1 880	27,57	4 581	28,7	171	5	58
Südtondern	2 744	23,48	1 238	4,2	130	5	53
Schleswig-Holstein	63 031	39,87	167 584	538,9	7 023	97	2 523

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1960 3) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein 4) einschl. Tbc-Hilfe 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 6) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 7) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
a) einschl. Durchgangslager Wentorf (318 Arbeitslose)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

Bezeichnung	Zeit Stand	Band	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	31.3.1960	53 159	2 292	1 825	6 543	694	15 684	4 713	3 381	7 594	9 388	1 046
darunter												
Vertriebene ²		18 ^a	28	14	25	15	16	19	9	18	19	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Zugewanderte ³		6 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Veränderung in %												
31.3.1960 gegenüber VZ 1939		+ 32	+ 44	+ 7	+ 44	+ 23	+ 31	+ 35	+ 14	+ 39	+ 33	+ 18
31.3.1960 " 31.12.1950		+ 10	+ 10	+ 15	+ 3	+ 26	+ 20	+ 10	+ 13	+ 19	+ 3	+ 10
Bevölkerungsdichte ⁴ , Einwohner je qkm		214	146	2 442	138	1 719	462	223	170	212	133	407
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1958 ⁵	6 156	314	200	807	80	1 766	555	398	811	1 107	118
je 1000 Einwohner		118	139	111	124	120	116	120	120	111	120	115
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶ in 1000	31.3.1960	20 031	764	799	2 344	287	6 430	1 706	1 130	2 946	3 279	346
Arbeitslose in 1000	31.5.1960	153	16	6	27	4	45	8	7	6	31	2
je 100 Arbeitnehmer ⁷		0,8	2,0	0,7	1,1	1,5	0,7	0,5	0,6	0,2	0,9	0,7
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	31.3.1960	17,5	28,6	6,9	24,7	8,4	8,9	20,0	8,1	18,9	18,7	4,5
Volkseinkommen⁸												
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Mill. DM	1957 ⁹	161 335*	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017	.
	1958	169 300*	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294	.
in DM je Einwohner	1957 ⁹	3 197*	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732	.
	1958	3 311*	2 531	5 304	2 874	4 594	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	April 1960	1 740	184	3	381	2	310	109	77	215	449	10
in kg je Kuh und Tag		10,2	13,9	12,1	12,7	12,4	13,1	9,1	7,8	8,2	8,4	9,7
Industrie												
Beschäftigte ⁹ in 1000	31.3.1960	7 652	164	230	680	107	2 783	635	349	1 372	1 157	174
je 1000 Einwohner		144	72	126	104	154	177	135	103	181	123	166
Umsatz ⁹ in Mill. DM	März 1960	22 063	552	1 150	2 189	400	8 453	1 668	967	3 526	2 777	381
darunter												
Auslandsumsatz in Mill. DM		3 510	93	151	393	88	1 253	324	159	537	367	145
Produktionsindex ¹⁰ (arbeitstäglich; 1950 = 100)		p 239*	252	233	270	291	.	292	...	265	250	.
Bauwirtschaft¹¹ und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	31.3.1960	1 332	60	46	177	21	396	112	77	196	215	32
je 1000 Einwohner		25,1	2,6	25,5	27,0	30,3	25,3	23,7	22,6	25,8	22,9	30,7
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	März 1960	210	9	7	27	3	65	17	12	32	31	5
je Einwohner		4,0	3,9	3,9	4,2	5,0	4,2	3,5	3,6	4,3	3,3	5,0
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹² Anzahl	April 1960	48 120	2 270	1 926	5 758	342	13 535	4 998	2 546	8 009	7 965	771
je 10 000 Einwohner		9,1	9,9	10,6	8,8	4,9	8,6	10,6	7,5	10,5	8,5	7,4
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl		21 061	1 016	724	2 321	820	8 056	1 488	1 096	2 682	2 423	435
je 10 000 Einwohner		4,0	4,4	4,0	3,5	11,8	5,1	3,2	3,2	3,5	2,6	4,2
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ¹	März 1960	4 369 ^b	111	172	437	97	1 597	377	182	665	419	153
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ¹ Anzahl	1.Vj.1960	189 200	7 023	11 063	19 770	3 088	57 892	18 815	11 334	25 170	31 663	3 382
je 10 000 Einwohner		36	31	61	30	45	37	40	34	33	34	32
Getötete Personen Anzahl		2 572	97	45	364	21	824	226	185	359	385	66
je 1 000 Unfälle		14	14	4	18	7	14	12	16	14	12	20
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	3.Rvj.1959	86*	54	182	67	120	96	86	56	95	71	.
Landessteuern ¹³		156*	147	533	118	339	169	126	108	149	116	.
Bundessteuern ¹⁴		44*	34	68	37	60	49	45	34	46	36	.
Gemeindesteuern												
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	30.4.1960	818	600	1 139	759	934	874	812	711	836	778	768

1) vorläufige Zahlen 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) Gebietsstand: 1.4.1959 5) Bayern: Oktober 1958 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 9) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 10) Gesamtindex (ohne Bau) 11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 12) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 13) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 14) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte:

Heft 1/1960

Verdienste in Industrie und Handel
Bilanzbild
Vermögensteuer
Bevölkerungsstand Ende 1958
Struktur der Studentenschaft 1948/1958

Industrie-Kleinbetriebe
Konsumgenossenschaften
Öffentliche Jugendhilfe
Ehelösungen

Heft 2/1960

Kommunalwahlen 1959
Eisenbahn-Güterverkehr 1956
Fremdenverkehrskapazität 1950-1959
Verdienste der Landarbeiter 1959

Kriegsbeschädigte
Schwerbeschädigte
Unterhaltsbeihilfen

Heft 3/1960

Verbrauch in Haushaltungen 1958
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Industrieproduktion 1958
Straßenbahn- und Buslinien

Voraussichtliche Schülerzahlen
Voraussichtliche Schulentlassungen
Die großen Unternehmen
Grenzverkehr

Heft 4/1960

Eheschließungen 1958
Getreideanbau
Vieh- und Fleischwirtschaft
Schlachttiere 1955-1958
Soziale Krankenversicherung

Allgemeinbildende Schulen 1959
Zwischenfruchtanbau
Obsternte 1959
Wohnlager

Heft 5/1960

Fremdenverkehr 1959
Güterverkehr auf dem Wasser 1957
Ausfuhr 1958
Kraftfahrzeugbestand 1958
Bauwirtschaft 1959
Einkommen der Körperschaften 1957

Kapitalgesellschaften 1959
Zahlungsschwierigkeiten 1959

Heft 6/1960

Fürsorgeunterstützungen 1958/1959

Arbeiterrentenversicherung

Bausparen 1959

Milchwirtschaft 1959

Viehbestände 1959

Voraussichtliche Eheschließungen

Schwerbeschädigte 1960

Ingenieur- und Technikerschulen

Pflanzenbestände in Baumschulen

Berlin- und Interzonenhandel

Handwerk 1959

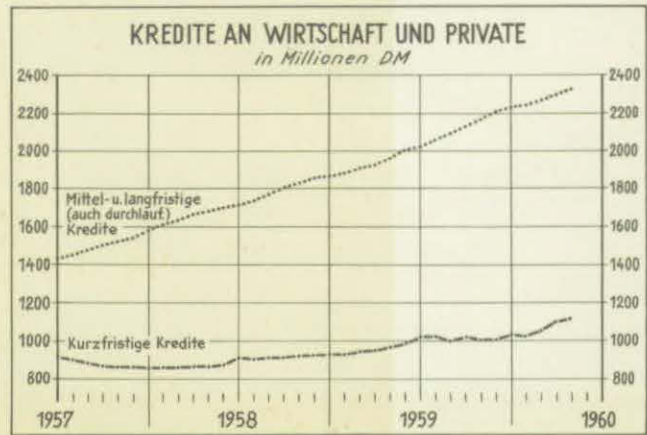
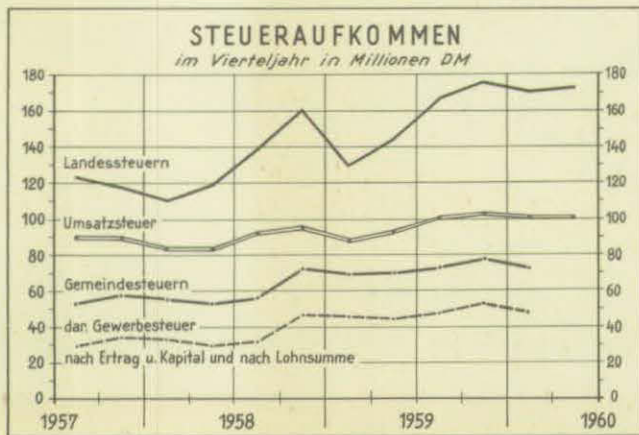
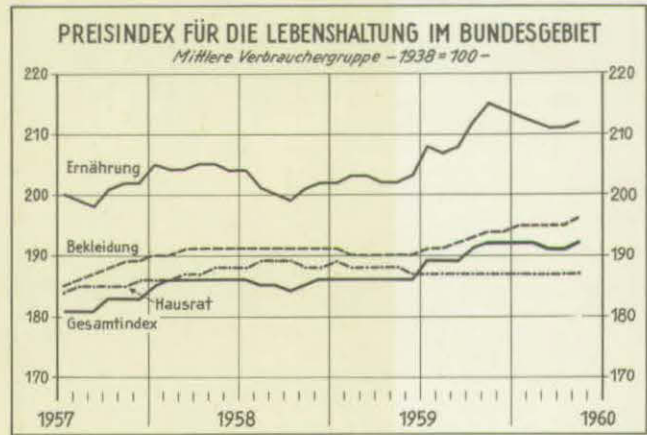
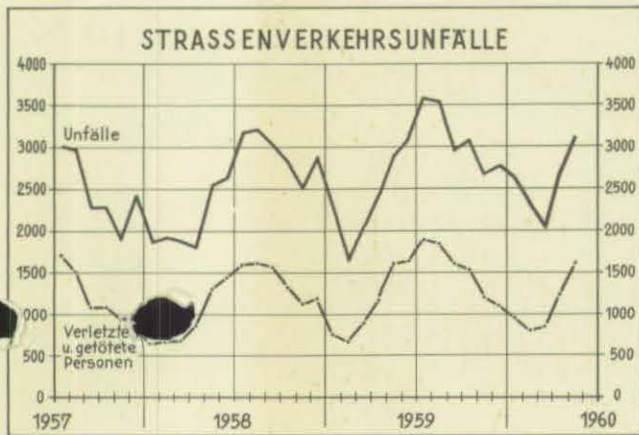
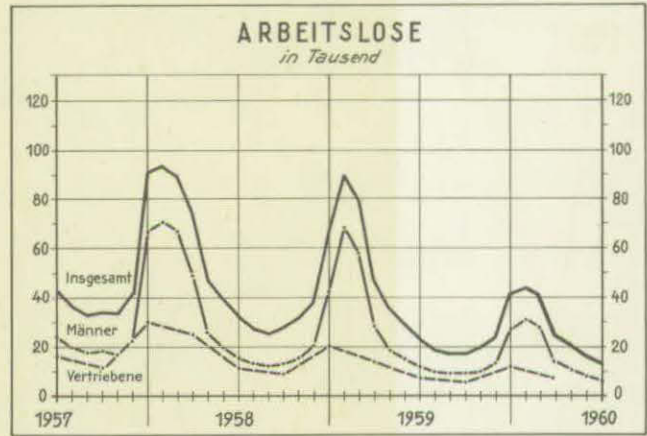
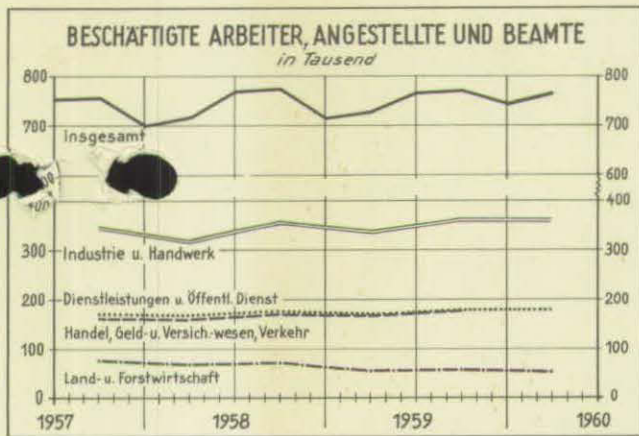
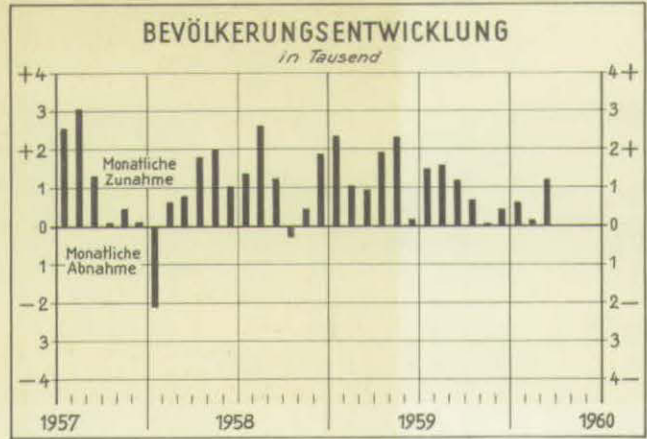
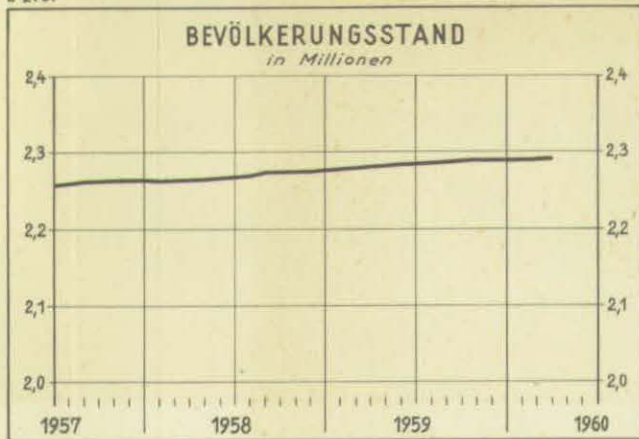
Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schlesw.-Holst. 1960

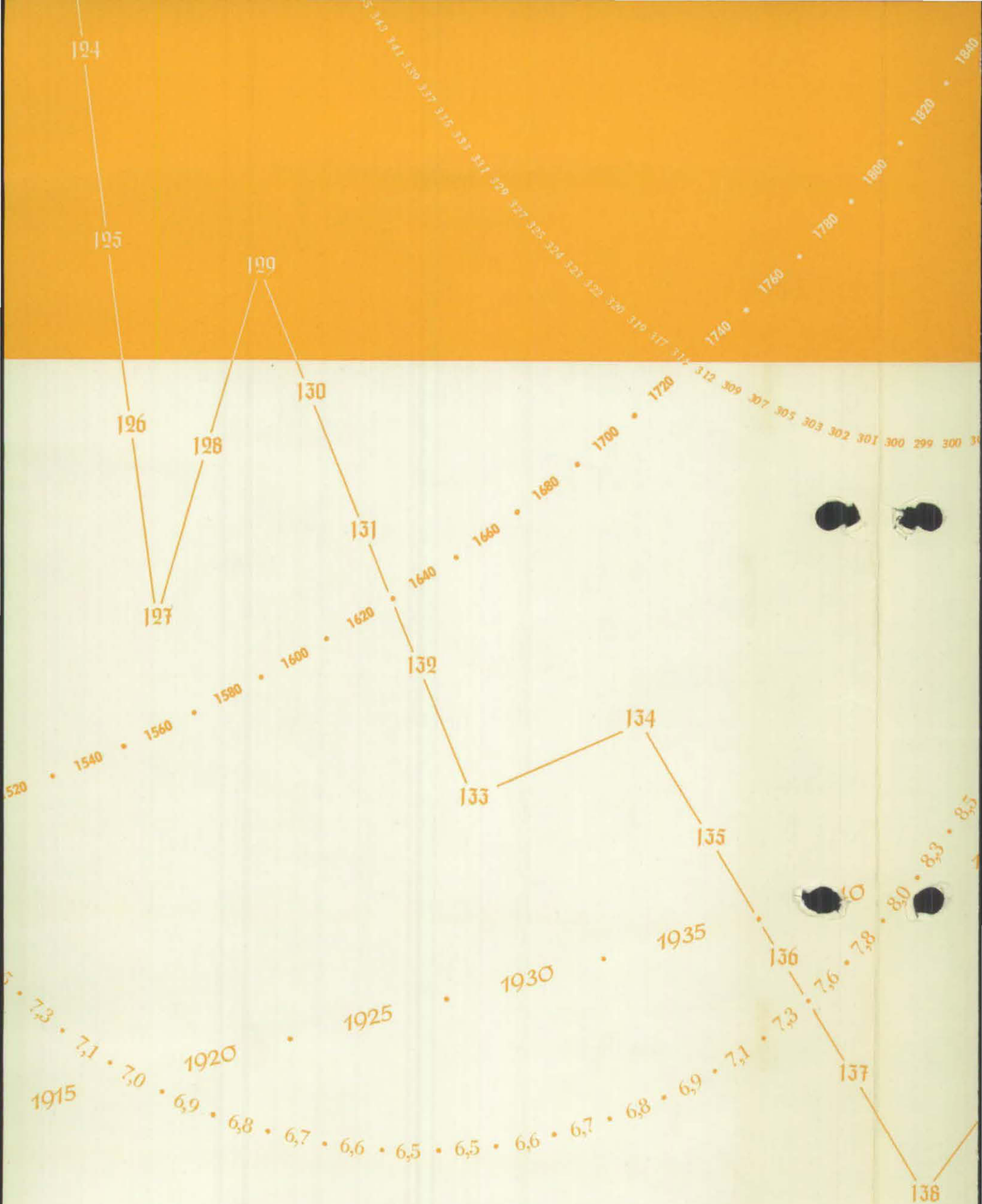
Preis 2,00 DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-2751



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen